Rechtsinformationsprogramme im Internet

Von Prof. Dr. GEORGIOS GOUNALAKIS, Marburg*

A. Einleitung

Ein von dem Softwareunternehmen janolaw AG entwickeltes Rechtsinformationsprogramm bildet den Gegenstand der nachfolgenden Untersuchung. Mit Hilfe des Programms soll es juristischen Laien per Internet ermöglicht werden, Antworten auf in der Praxis gängige Rechtsfragen zu erhalten. Dabei wählt der Programmnutzer aus einem Themenkatalog, bspw. Kündigung von Mietverhältnissen, eine ihn interessierende Fragestellung aus. Daraufhin erscheinen aufeinander folgend verschiedene Prüfebene, auf denen dem Nutzer Fragen gestellt werden, die im Zusammenhang mit der Ausgangsfrage stehen. Die abstrakt gehaltenen Fragen werden durch entsprechende Beispiele erläutert. Auf einer Prüfebene kann er die Frage mit «ja», «nein» oder «konkreter» beantworten. Wählt der Anwender die Antwort «konkreter», wird die Ausgangsfrage in Unterfragen unterteilt, bis die Frage, auf welche sich das «konkreter» bezog, beantwortet werden kann. Die Beantwortung mit einer Ja/Nein-Antwort führt den Programmnutzer solange auf weitere Frageebenen, bis die Ausgangsfrage bejahend oder verneinend beantwortet wird. Das Programm weist insofern eine «verästelte» bzw. auf sog. «Entscheidungsbäumen» beruhende Struktur auf, als es von den zuvor ausgewählten Antworten abhängt, ob eine weitere und gegebenenfalls welche Frage im Prüfungsablauf folgt. Am Ende des Prüfprogramms erhält der Anwender ein Prüfprotokoll, welches neben der Antwort auf die Ausgangsfrage eine Zusammenfassung der auf den einzelnen Frageebenen gegebenen Antworten enthält. Dem Nutzer wird an verschiedenen Stellen inner-

* Der Beitrag basiert auf einem Rechtsgutachten, das der Verf. im Auftrag der janolaw AG, Sulzbach/Taunus, erstellt hat. Für die engagierte Mitarbeit bei der Herstellung des Manuskripts habe ich Frau Ref. iur. *Claudia Stutz* sehr herzlich zu danken.

halb des beschriebenen Programms außerdem die Möglichkeit geben, Musterschreiben, bspw. einen Vertragsentwurf, im doc/pdf- oder rtf-Format herunterzuladen.

Das Programm wird im Rahmen eines Content-Lizenzgeschäfts entweder auf einem allgemeinen Internet-Portal wie z.B. T-Online oder auf einem speziellen Themen-Portal, z.B. für Immobilien oder Reisen, platziert. Nach der geplanten Konzeption sollen die Informationen für jeden Internet-Nutzer kostenlos verfügbar sein. Möglich ist es aber auch, die Informationen einem bestimmten Kundenkreis vorzubehalten, so z.B. bei Platzierung des Programms auf dem Portal einer Bank oder Versicherung, welche die Inanspruchnahme der Software nur ihren Kunden ermöglichen will.

An bestimmten Kreuzungsstellen des Programms soll darüber hinaus der Hinweis auf die Möglichkeit einer weiterführenden Beratung durch die Einschaltung eines Rechtsanwalts erfolgen. Hierfür wird die Nummer eines Call-Centers mitgeteilt, welches dem Programmnutzer die Kontaktaufnahme mit einem Rechtsanwalt über Internet/Telefon ermöglicht. Der beratende Anwalt erhält eine Identifikationsnummer, mit der er sich in das Prüfungsprotokoll des Anwenders einwählen kann, um den bisherigen Prüfungsverlauf nachvollziehen zu können. Für die Teilnahme an der Weitervermittlung zahlt der Rechtsanwalt an das Call-Center eine festgesetzte Gebühr.

B. Problemstellung

Der Betrieb des beschriebenen Rechtsinformationsprogramms im Internet wirft eine Reihe von Rechtsfragen auf, die im Folgenden erörtert werden sollen: Verstößt einer der Beteiligten des Content-Lizenzgeschäfts gegen Art. 1 § 1 S. 1 RBERG (Frage 1)? Unterstellt, es liegt ein Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG vor, wie ist die Situation zu beurteilen, wenn das Internetangebot von einem im Ausland ansässigen Unternehmen auf einem dort betriebenen Server bereitgestellt würde (Frage 2)? Stellt die Einschaltung eines Anwalts zur weiterführenden Beratung einen Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG oder §§ 43a Abs. 2, Abs. 4, 43b Abs. 3 S. 1, Abs. 4 S. 2, 50 Abs. 1 BRAO, §§ 3, 18

Abs. 1 BRAGO oder §§ 1, 3 UWG dar? Wenn ja, ist der Verstoß den Portal- bzw. Call-Centerbetreibern zurechenbar (Frage 3)? Führt die Zurverfügungstellung von Mustern zu einem Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG (Frage 4)? Welche Möglichkeiten hat ein Anwaltsverein bzw. eine Rechtsanwaltskammer, um im Falle eines Verstoßes gegen Vorschriften des RBERG, der BRAO, der BRAGO oder des UWG gegen das geplante Internetangebot vorzugehen (Frage 5)?

C. Rechtliche Bewertung

Frage 1: Verstößt einer der Beteiligten des Content-Lizenzgeschäfts gegen Art. 1 § 1 S. 1 RBERG?

Das Rechtsberatungsgesetz sieht für die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten in Art. 1 § 1 ein präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt vor¹, dessen Verfassungsmäßigkeit vom Bundesverfassungsgericht wiederholt bestätigt wurde². Eine geschäftsmäßige Rechtsbesorgung für andere ist daher nur zulässig, wenn dem Rechtsbesorgenden hierfür eine Erlaubnis erteilt wurde oder er der Erlaubnis nach Art. 1 §§ 2, 3, 5, 6 oder 7 RBERG ausnahmsweise nicht bedarf.

Eine Erlaubnis kann dem Betreiber eines Internetportals nicht erteilt werden, da er nach der Art seiner Tätigkeit nicht der Gruppe der in Art. 1 § 1 S. 2 RBERG enumerativ genannten Erlaubnisberechtigten angehört. Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die jeweiligen Portale von Rechtsanwälten oder Rechtsanwaltsgesellschaften im Sinne der §§ 59 c ff. BRAO betrieben werden, sodass die gemäß Art. 1 § 1 RBERG grundsätzlich erforderliche Erlaubnis auch nicht ausnahmsweise nach Art. 1 § 3 RBERG entbehrlich ist.

¹ Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 3 Rn. 240.

² BVerfG 75, 246 (273); BVerfG NJW 1998, 3481 (3481 ff.); BVerfG NJW 2000, 1251 (1251); a.A. im Schrifttum z.B. Kleine-Cosack, NJW 2000, 1593 (1594).

I. Ausnahmen von der Erlaubnispflichtigkeit nach Art. 1 §§ 2, 5 Nr. 1 RBERG

Das geplante Internetangebot³ stünde allerdings mit Art. 1 § 1 RBERG in Einklang, wenn der Ausnahmetatbestand des Art. 1 § 2 oder der des Art. 1 § 5 Nr. 1 RBERG einschlägig wäre.

1. Erstattung wissenschaftlich begründeter Gutachten, Art. 1 § 2 RBERG

Nach Art. 1 § 2 RBERG unterliegt die Erstattung eines wissenschaftlich begründeten Rechtsgutachtens nicht der Erlaubnispflicht, auch wenn diese geschäftsmäßig und bezogen auf einen Einzelfall erfolgt. Da für den Begriff des Gutachtens charakteristisch ist, dass eine Prüfung der Sach- und Rechtslage erfolgt und daraufhin bestimmte Schlussfolgerungen gezogen werden⁴, könnte das vorliegende Programm als computergesteuerte Erstattung eines Rechtsgutachtens qualifiziert werden⁵. Das weitere Erfordernis, dass das Gutachten von Hochschullehrern oder sonstigen akademisch vorgebildeten Personen mit speziellen Fachkenntnissen erstellt wurde⁶, bereitet vor dem Hintergrund, dass die Software nach den Angaben der janolaw AG in Zusammenarbeit mit renommierten Hochschulen entstanden ist, keine Probleme.

Voraussetzung für das Vorliegen eines Gutachtens ist aber, dass nicht nur das Ergebnis einer rechtlichen Prüfung mitgeteilt wird, sondern auch eine Begründung erfolgt, die für den Beratenen nicht lediglich nebensächlich ist⁷. Zwar enthält die Software der janolaw auf den einzelnen Frageebenen zumeist eine kurze Erläuterung der Bedeutung der Fragen. Diese dienen jedoch ausschließlich dazu, dem Programmnutzer bei der Beantwortung der abstrakt gehaltenen Fragen durch ent-

³ Unter Internet-Angebot ist der gesamte Auftritt aus Homepage und allen untergeordneten Websites zu verstehen. Homepage bezeichnet die Eingangsseite eines Onlineangebots und Website die einzelne WWW-Seite eines Anbieters.

⁴ *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 2 Rn. 281.

⁵ Vgl. *Hensler*, Rechtsgutachten: Rechtsinformationssysteme im Internet, Februar 2001, S. 5 f.

⁶ *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 2 Rn. 3.

⁷ Vgl. *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 2 Rn. 5.

sprechende Beispiele eine Hilfestellung zu geben; den weiteren Verlauf des Prüfungsprotokolls begründen sie hingegen nicht. Im Übrigen ist für den Verwender der Software nur das Ergebnis der einzelnen Fragen respektive das Gesamtergebnis von Bedeutung. Die Nachvollziehbarkeit des Ergebnisses interessiert ihn allenfalls am Rande.

Selbst wenn man annähme, die Programmgestaltung enthalte eine hinreichende Begründung der Ergebnisse, so mangelt es jedenfalls an der erforderlichen «Wissenschaftlichkeit» der Begründung. Diese setzt voraus, dass sich das Gutachten mit der Rechtsprechung und Rechtslehre eingehend auseinandersetzt und die Rechtslage unter Außerachtlassung von Zweckmäßigkeitserwägungen unparteiisch darstellt⁸. Dagegen sind die juristischen Informationen hier an der Rechtsprechungspraxis orientiert, ohne dass eine Auseinandersetzung mit abweichenden Ansichten im Schrifttum stattfindet. Auch unter diesem Gesichtspunkt scheidet eine Befreiung von der Erlaubnispflicht des Art. 1 § 1 RBERG nach Art. 1 § 2 RBERG aus.

2. Notwendiges, unselbstständiges Hilfsgeschäft, Art. 1 § 5 Nr. 1 RBERG

Nach Art. 1 § 5 Nr. 1 RBERG ist eine rechtsbesorgende Tätigkeit ohne Erlaubnis auch dann zulässig, wenn eine rechtliche Angelegenheit erledigt wird, die mit einem Hauptgeschäft des Gewerbebetriebs in unmittelbarem Zusammenhang steht. Die Rechtsbesorgung darf dabei nicht selbstständiger Gegenstand des Auftrags sein, sondern muss als notwendiges Hilfsgeschäft der Ausübung eines bestimmten Berufsgeschäfts der in Art. 1 § 5 Nr. 1 RBERG genannten Personen dienen⁹.

Stellt der juristische Entscheidungsbaum den ausschließlichen Inhalt der zur Verfügung gestellten Websites dar, so erübrigt sich von vornherein die Überlegung, ob dieser ein notwendiges Hilfsgeschäft eines anderen Hauptgeschäfts ist. Außer der rechtlichen Information der Nutzer wird hier kein anderes Geschäft getätigt.

⁸ OLG Stuttgart AnwBl. 1975, 173 (173); LG Hamburg MDR 1979, 234 (234); *Oswald*, JZ 1952, 632 (632).

⁹ BGH MDR 1989, 793 (793) – Erbsensucher; OLG München AnwBl. 1975, 441 (442); *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 5 Rn. 381.

Bei Platzierung des Programms auf einem Groß- oder Themenportal¹⁰ nimmt der Portalbetreiber ebenfalls kein Hilfsgeschäft vor, das im Rahmen seiner Haupttätigkeit anfällt. Die gegenteilige Annahme würde voraussetzen, dass die anderen auf dem Portal angebotenen Leistungen mit dem Rechtsinformationsprogramm in unmittelbarem Zusammenhang stehen und das Programm den übrigen Leistungen untergeordnet ist. Beide Voraussetzungen liegen indes nicht vor. Verschiedene Serviceleistungen eines Portals, z.B. ein abrufbarer Stellenmarkt für Arbeitsuchende sowie die Möglichkeit der Nutzung eines juristischen Entscheidungsbaums, stehen in keinem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis; die Nutzung des Rechtsinformationsprogramms bedingt nicht die Inanspruchnahme anderer Leistungen. Zwischen den angebotenen Dienstleistungen besteht auch kein Überunterordnungsverhältnis dergestalt, dass die Platzierung des Entscheidungsbaums im Verhältnis zu anderen Serviceleistungen als Hilfs- oder Nebentätigkeit zu bewerten wäre. Eine Befreiung von der Erlaubnispflicht des Art. 1 § 1 RBERG nach Art. 1 § 5 Nr. 1 RBERG scheidet daher aus.

II. Geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten

Da ein privilegierender Ausnahmetatbestand nicht eingreift, kommt es für die Zulässigkeit des Rechtsinformationsprogramms darauf an, ob das Bereithalten der Software eine erlaubnispflichtige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten i.S.v. Art. 1 § 1 RBERG darstellt.

1. Geschäftsmäßigkeit

Die Erlaubnispflichtigkeit des RBERG erstreckt sich nur auf solche Besorgungen von fremden Rechtsangelegenheiten, welche geschäftsmäßig erfolgen¹¹. Dies ist der Fall bei einer selbstständigen und mit

¹⁰ Diese Alternative entspricht dem geplanten Internetauftritt, bei dem das Programm neben anderen Serviceleistungen auf einem Internetportal platziert werden soll.

¹¹ *Caliebe*, in: Seitz, Inkasso-Handbuch, 3. Aufl. 2000, Rn. 1027; *Weth*, in: Henssler/Prütting, Bundesrechtsanwaltsordnung 1997, Art. 1 § 1 RBERG Rn. 26.

Wiederholungsabsicht erfolgenden Tätigkeit, die über einen aus besonderen Gründen ausgeübten Gelegenheitsfall hinausgeht¹². Gewinnerzielungsabsicht ist nicht notwendig, sodass auch eine unentgeltliche Rechtsbesorgung erlaubnispflichtig sein kann¹³. Dementsprechend stellt das Bereithalten eines jederzeit verfügbaren Rechtsinformationsprogramms eine geschäftsmäßig erfolgende Tätigkeit des Portalbetreibers dar. Irrelevant ist, dass nach der beabsichtigten Konzeption des Internetauftritts die Nutzung des Programms kostenlos möglich sein soll.

2. Rechtsbesorgung

Das zentrale Problem im Rahmen der vorzunehmenden Untersuchung bildet die Frage, ob das Bereithalten des Rechtsinformationsprogramms als Rechtsbesorgung im Sinne des RBERG zu qualifizieren ist.

Das RBERG sieht selbst keine Bestimmung des Begriffs der Rechtsbesorgung vor. Nach ständiger Rechtsprechung ist darunter eine Tätigkeit zu verstehen, die auf die unmittelbare Förderung konkreter fremder Rechtsangelegenheiten gerichtet ist¹⁴. Sie kann entweder nach außen durch Wahrnehmung Dritten gegenüber, oder nach innen, z.B. durch Rechtsberatung – eine Unterform der Rechtsbesorgung¹⁵ – erfolgen¹⁶. Unerheblich ist der Schwierigkeitsgrad der zu besorgenden Rechtsangelegenheit¹⁷, womit auch für den Fall, dass das Programm der janolaw lediglich einfache Rechtsfragen behandelt, das Vorliegen

¹² BAG NJW 1993, 2701 (2702); OLG Nürnberg NJW-RR 1998, 137 (138); *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 62 ff.

¹³ OLG Koblenz AnwBl. 1984, 446 (446); *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 56.

¹⁴ BGHZ 38, 71 (75); BGHZ 48, 12 (18f.); BGH NJW 1989, 2125 (2125) – Erbsensucher; BGH NJW 1995, 3122 (3122); BGH GRUR 1998, 956 (957) – Titelschutzanzeigen; BGH AnwBl. 2001, 64 (65); OLG Nürnberg NJW-RR 1998, 137 (137).

¹⁵ *Weth*, in: Henssler/Prütting, Bundesrechtsanwaltsordnung 1997, Art. 1 § 1 Rn. 14.

¹⁶ BGH MDR 1970, 656 (657); BGH MDR 1995, 851 (852); BayObLG AnwBl. 1964, 143 (143); LG Bochum BB 1990, 1226 (1226).

¹⁷ BGH AnwBl. 1982, 108 (108); BGH NJW 1987, 3003 (3004); BAG NJW 1993, 2701 (2702).

einer rechtsbesorgenden Tätigkeit nicht ausgeschlossen ist. Nicht erforderlich ist weiter, dass die Angelegenheit abschließend erledigt wird¹⁸. Dass die Software nach den eigenen Angaben der Auftraggeberin in Zusammenarbeit mit renommierten juristischen Universitäts-Instituten erstellt wurde, kann ebenfalls den möglichen Vorwurf einer unzulässigen Rechtsberatung nicht widerlegen. Eine unerlaubte Rechtsberatung und -besorgung wird nicht dadurch gerechtfertigt, dass der Handelnde sich der Hilfe eines Rechtsberaters bedient¹⁹. Wer Rechtsberatung erteilt oder fremde Rechtsangelegenheiten besorgt, muss dazu in eigener Person befugt sein²⁰.

a) Bewertung unter grammatikalischen Gesichtspunkten

In einem ersten Schritt ist zu untersuchen, ob das Bereithalten des Rechtsinformationsdienstes *begrifflich* als Rechtsbesorgung bewertet werden kann, d.h. eine Tätigkeit darstellt, die darauf gerichtet oder dazu geeignet ist, konkrete fremde Rechte zu fördern.

aa) Begriff der Tätigkeit

(1) Möglichkeit einer «entpersonalisierten» Rechtsberatung

Die Überlegung *Henssler*²¹, das Vorliegen einer rechtsbesorgenden Tätigkeit könne hier ausgeschlossen sein, weil gegenüber dem Rechtsratsuchenden keine anwaltsähnliche Person, sondern nur eine im weitesten Sinne unpersönliche Maschine auftritt, bedarf keiner ausführlichen Erörterung. Unumstritten muss die Besorgung nicht dem klassi-

¹⁸ BayObLG AnwBl. 1964, 143 (143); OLG München AnwBl. 2000, 452 (452); *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 37; *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 34.

¹⁹ BGHZ 98, 330 (335) – Steuerberatungsgesellschaft; BGH AnwBl. 1982, 108 (108); BGH NJW 1987, 3003 (3004); OLG Schleswig AnwBl. 1989, 245 (245); OLG Nürnberg NJW-RR 1998, 137 (138); *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 37.

²⁰ BGH NJW 1987, 3003 (3004); BGH NJW 1989, 2125 (2126) – Erbsensucher; *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 37.

²¹ Vgl. *Henssler*, Rechtsgutachten: Rechtsinformationssysteme im Internet, Februar 2001, S. 12.

sehen Bild der persönlichen anwaltlichen Beratung entsprechen²², so dass auch hier nur maßgeblich ist, ob die Tätigkeit des Betreibers, als hinter der Maschine stehende Person, eine unzulässige Rechtsbesorgung respektive -beratung darstellt. Die Einschaltung eines Informationsmediums schließt eine rechtsbesorgende Tätigkeit jedenfalls nicht per se aus²³.

(2) Erfordernis aktiven Handelns

Dem Wortsinn nach erfordert der Begriff der Tätigkeit ein aktives Handeln des Rechtsbesorgenden, das in Zusammenhang mit der Förderung konkreter fremder Rechtsverhältnisse steht²⁴. Der Portalanbieter wird dagegen nur im Rahmen der Vorbereitung und Einrichtung der Internetseite aktiv, einem Zeitpunkt also, in dem zweifelsohne ein konkretes Rechtsproblem noch nicht in Frage steht. Der Bezug zum speziellen Sachverhalt wird erst infolge der Inanspruchnahme des Programms durch den Nutzer hergestellt. Dieser entscheidet durch die Beantwortung der Fragen autonom über den Verlauf des Prüfungsprotokolls und überträgt die allgemeinen juristischen Informationen auf den konkreten Sachverhalt. Der Portalbetreiber wird in diesem maßgeblichen Stadium nicht selbst aktiv und nimmt insofern auch keine rechtsbesorgende Tätigkeit vor.

bb) Notwendiger Einzelfallbezug

Mit der Tätigkeit des Portalbetreibers muss das *Ziel* verfolgt werden, *konkrete* fremde Rechte zu verwirklichen bzw. konkrete fremde Rechtsverhältnisse zu gestalten oder zu verändern. Der demzufolge erforderliche Bezug zu einem Einzelfall²⁵ erscheint hier insofern zweifelhaft, als mit Hilfe des Programms die Bearbeitung einer unbe-

²² OLG Düsseldorf WRP 1998, 1086 (1089).

²³ OLG Düsseldorf WRP 1998, 1086 (1089); *Henssler*, Rechtsgutachten: Rechtsinformationssysteme im Internet, Februar 2001, S. 12.

²⁴ *Henssler*, Rechtsgutachten: Rechtsinformationssysteme im Internet, Februar 2001, S. 14 f.

²⁵ *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 24.

stimmten Vielzahl von Fällen ermöglicht werden soll. Zwar ist das Programm darauf ausgerichtet, am Ende des Entscheidungsbaums das Rechtsproblem des Benutzers möglichst eng zu umreißen und diesbezüglich eine detaillierte Lösung zu präsentieren, sodass der Nutzer den Bezug zu seinem konkreten Rechtsproblem herstellen kann. Insofern wird mit dem Programm auch das Ziel verfolgt, die Förderung konkreter fremder Rechte zu erreichen. Dem Begriff der Rechtsbesorgung genügt aber nicht, dass konkrete Rechte schlechthin gefördert werden sollen, vielmehr muss der Rechtsbesorgende das Ziel haben, selbst unterstützend tätig zu werden²⁶. Unzureichend ist daher, dass der Einzelfallbezug hier durch den rechtsuchenden Programmnutzer selbst hergestellt wird, ohne dass der Portalbetreiber daran beteiligt ist. Dieser will und kann sich nach der technischen Gestaltung mit dem konkreten Problem des Anwenders nicht befassen, geschweige denn hierauf Einfluss nehmen. Zum einen mangelt es – wie festgestellt – an der für eine beratende Tätigkeit erforderlichen Interaktion mit dem Nutzer. Zum anderen sieht das Programm für den Programmanbieter nicht die Möglichkeit vor, während der Programmnutzung in den Ablauf des Prüfungsprotokolls einzugreifen.

Dem Erfordernis einer eigenen Förderungshandlung des Portalbetreibers lässt sich auch nicht überzeugend entgegenen, dass in der Rechtsprechung zuweilen geltend gemacht wird, der Rechtsbesorgende müsse die Rechtsberatung nicht in eigener Person vornehmen²⁷. Zwar wurde in einem Fall des OLG Düsseldorf²⁸ eine unzulässige Rechtsbesorgung bereits darin gesehen, dass der beklagte Informationsdienst seinen Beziehern das Angebot unterbreitete, ihre Werbemittel an einen Wettbewerbsverein zur wettbewerbsrechtlichen Überprüfung weiterzuleiten, ohne dass die Beklagte die Fälle selbst in

²⁶ Bspw. liegt eine unmittelbare Förderung konkreter fremder Rechtsangelegenheiten dann nicht vor, wenn dem Rechtsuchenden lediglich ein Anwalt empfohlen oder der Rat erteilt wird, sich bei einer Behörde zu erkundigen, ohne dass eine eigene Vorprüfung stattfindet (vgl. OLG Hamm NJW 1954, 516 [518]; OLG Stuttgart AnwBl. 1975, 173 [174]; *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 41). Auch hier wird der Anwalt in Bezug auf das konkrete Rechtsproblem nicht selbst unterstützend tätig.

²⁷ So z.B. OLG Düsseldorf AnwBl. 1987, 199 (199).

²⁸ OLG Düsseldorf AnwBl. 1987, 199 (199).

rechtlicher Hinsicht überprüfte. Das Gericht meinte, die konkrete Rechtsangelegenheit des Beziehers erfahre bereits dadurch eine individuelle Förderung, dass die Beklagte an der Befolgung des allgemein gehaltenen Rats mitwirkt, indem sie die Werbemittel an den Verein weiterleitet. Dadurch bringe sie zum Ausdruck, dass die konkrete Angelegenheit der Weiterverfolgung wert ist. Unbeachtlich sei deshalb, dass die Beklagte die rechtliche Überprüfung nicht selbst vornehme.

Das Handeln des Informationsdienstes ist jedoch mit der Tätigkeit eines Portalbetreibers nicht vergleichbar. Der maßgebliche Unterschied besteht darin, dass sich die Beklagte im Fall des OLG Düsseldorf tatsächlich mit dem konkreten Sachverhalt befasste, während sich die Tätigkeit eines Portalbetreibers darin erschöpft, das Rechtsinformationsprogramm auf einem Portal zur Verfügung zu stellen ohne in Interaktion mit dem Ratsuchenden zu treten²⁹. Auch wenn nicht erforderlich sein mag, dass die Rechtsberatung in eigener Person erteilt wird, so bleibt hiervon das Erfordernis unberührt, dass die Förderung einer «konkreten Rechtsangelegenheit» stattfinden muss. Eine konkrete Angelegenheit kann wiederum von dem vermeintlich Rechtsbesorgenden dann nicht gefördert werden, wenn dieser – wie hier der Portalbetreiber – noch nicht einmal Kenntnis vom Inhalt der Angelegenheit hat.

(1) Vergleichbarkeit mit Ratgeberprogrammen in Presse und Rundfunk

In diesem Zusammenhang ist auch dem möglichen Einwand nachzugehen, die vorliegende Situation sei im Hinblick auf das Erfordernis des Einzelfallbezugs mit den in den Print- und Rundfunkmedien angebotenen «juristischen Sprechstunden» bzw. «juristischen Briefkästen» vergleichbar, die z.T. als unvereinbar mit dem RBERG bewertet worden sind. Es handelt sich dabei um unterschiedlich ausgestaltete Ratgeberprogramme, in denen bspw. ein der Redaktion bekannt gewordener Fall rechtlich erörtert wird, oder dem Leser bzw. Zuschauer angeboten wird, sich mit seinem Problem an die Redaktion zu wenden, die ihm bei der Weiterverfolgung behilflich sein werde. Die Rechtspre-

²⁹ So auch *Hensler*, Rechtsgutachten: Rechtsinformationssysteme im Internet, Februar 2001, S. 14.

chung hat deutlich gemacht, dass solche Ratgeberangebote vom Standpunkt des RBERG nur dann nicht zu beanstanden sind, wenn sie im Wesentlichen eine an die gesamte Leserschaft gerichtete allgemeine Rechtsbelehrung über juristische Fragen enthalten und die Form der Antwort auf eine Anfrage sachlich nur eine Art Einkleidung darstellt³⁰. Dementsprechend liegt eine rechtsberatende Tätigkeit nicht vor, wenn ein der Zeitschrift bzw. Zeitung bekannt gewordener Fall lediglich zum Anlass genommen wird, um über damit verbundene rechtliche Probleme eine Abhandlung zu bringen, von der die Redaktion annimmt, dass sie von allgemeinem Interesse ist. Umgekehrt betreiben die Informationsmedien eine unzulässige Rechtsberatung, wenn sie konkrete Anfragen des Publikums in einer Zeitschrift oder Rundfunksendung beantworten³¹.

Wie festgestellt wurde, ermöglicht das System des Rechtsinformationsprogramms bereits technisch bedingt nicht die Auseinandersetzung des Anbieters mit konkreten Anfragen des Anwenders. Die Antwortmöglichkeiten auf die vom Nutzer ausgewählte Rechtsfrage stehen vielmehr von vornherein fest, ohne dass der Portalbetreiber während des Programmablaufs hierauf Einfluss nehmen kann. Das Bereithalten des Rechtsinformationsprogramms ist daher nicht mit den Fällen einer unzulässigen Rechtsberatung in den Print- oder Rundfunkmedien vergleichbar.

(2) Bewertung als Darstellung allgemeiner rechtlicher Informationen

Zu überlegen ist, ob das Informationssystem der janolaw nicht vielmehr als eine Darstellung allgemeiner rechtlicher Informationen, wie sie beispielsweise ein Rechtsratgeberhandbuch enthält, zu bewerten ist. Nach einhelliger Ansicht in Rechtsprechung und Schrifttum unterliegen Informationsangebote wie die Publikation von Rechtsberatungsbüchern, Vortragstätigkeiten unterrichtend-belehrenden Inhalts und das Beschaffen von juristischem Schrifttum nicht der Erlaubnis-

³⁰ BGH NJW 1956, 591 (592); BGH NJW 1981, 1616 (1616); OLG Hamm NJW 1954, 516 (518).

³¹ OLG Köln NJW 1999, 504 (504); *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chennitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 33.

pflicht des Art. 1 § 1 RBERG³². Entscheidend ist dabei, dass diese nur allgemeine rechtliche Informationen enthalten und damit gerade keine konkreten Rechtsangelegenheiten zum Gegenstand haben, wie sie der Begriff der Rechtsbesorgung voraussetzt. Sollten dementsprechend die Websites mit einem Rechtsratgeberbuch vergleichbar sein, so spräche auch dieser Aspekt gegen ihre Erlaubnispflichtigkeit.

Gemeinsam ist dem hier in Frage stehenden Programm mit einem herkömmlichen Rechtsratgeber, dass dem Rechtsratsuchenden eine Ansammlung von juristischen Informationen bereitgestellt wird, aus denen er sich quasi «selbst bedient». Sowohl dem Nutzer des Programms als auch dem Leser eines Ratgeberbuchs ist es nur möglich, sich innerhalb der vorfindbaren Informationen zu unterrichten. Gegenüber einem herkömmlichen Ratgeber stellt das Programm zwar insoweit eine echte Neuheit dar, als die Aufbereitung der klassischen juristischen Ratgeberliteratur im Internet eine nachhaltige Komfortverbesserung für den Ratsuchenden darstellt. Um zu der Lösung seines Rechtsproblems zu gelangen ist aber nach wie vor ein aktives Handeln des Anwenders erforderlich. Er muss selbst entscheiden, welche der Antwortmöglichkeiten auf die abstrakt gehaltenen Fragen seiner Situation gerecht wird. Damit erfordert das Programm die gleiche geistige Leistung von seinem Anwender wie ein Rechtsratgeberbuch von seinem Leser. Auch dieser stellt sich bei der Lektüre des Buchs die Frage, welche der dargestellten Problemkreise sein Anliegen beschreiben und überträgt die abstrakt gehaltenen Informationen auf seine persönliche Situation.

Berücksichtigt werden muss außerdem, dass sich die Programmleistung darin erschöpft, an bestimmte Antworten weiter gehende Fragen zu koppeln, die an einer bestimmten Stelle entweder mit der Bejahung oder Verneinung der Ausgangsfrage enden. Würde stattdessen aus allen abgegebenen Antworten ein Gesamtergebnis ermittelt, so läge gegenüber der Konzeption eines Ratgeberbuchs eine wesentliche Abweichung vor, da ein Buch eine solche Leistung nicht zu bieten ver-

³² BayObLG AnwBl. 1964, 143 (143); *Caliebe*, in: Seitz, Inkasso-Handbuch, 3. Aufl. 2000, Rn. 1033; *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 36.

mag. In der vorliegenden Gestaltung ähnelt das Programm dagegen solchen Ratgeberbüchern, die anstelle eines Fließtextes thematisch sortierte Frage-Antwort-Kataloge enthalten. Wie das Rechtsinformationsprogramm ist ein solcher Ratgeber darauf ausgerichtet, dass der Anwender selbst entscheidet, ob eine und ggf. welche der abstrakten Fragen im Zusammenhang mit seinem Anliegen steht und dementsprechend, welche (vorgefundene) Antwort für ihn von Bedeutung ist.

Es bleibt festzuhalten, dass nach der hier vorgenommenen Würdigung des vorliegenden Rechtsinformationssystems objektiv eine rechtsbesorgende Tätigkeit nicht ausgeübt wird; das Programm vielmehr mit dem erlaubnisfreien Informationsangebot eines Ratgeberhandbuchs vergleichbar ist.

(3) Beurteilung des Programms aus Sicht des Nutzers

Vor dem Hintergrund, dass die dem Begriff der Rechtsbesorgung untergeordnete Rechtsberatung sich auf einen bestimmten Einzelfall bezieht³³, bedarf es weiterhin einer Prüfung dahingehend, ob der Ratsuchende, sprich der Benutzer des Programms, von einer Interaktion mit dem Portalbetreiber während des Programmablaufs ausgeht. Da der Begriff der Rechtsberatung nicht vom Standpunkt des Belehrenden, sondern vom Standpunkt des Ratsuchenden aus zu betrachten ist³⁴, liegt ein Verstoß gegen das RBERG nämlich auch vor, wenn beim Ratsuchenden der unzulässige Anschein einer Rechtsberatung erweckt wird.

Der Nutzer des Rechtsinformationsprogramms erhält aus mehreren Gründen keinen derartigen unzulässigen Eindruck persönlicher Beratung. So wird auf der von janolaw eingerichteten Eingangsseite zu dem Rechtsinformationsprogramm³⁵ hervorgehoben, dass dem Anwender durch das Programm lediglich die Möglichkeit zur *eigenständigen*

³³ *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 23.

³⁴ *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 23.

³⁵ Bspw. bei Planethome, die das Rechtsinformationsprogramm zu dem Themenkapitel Mietrecht bereithält, unter <http://www.planethome.de>.

Information geboten wird. Am Anfang jedes Themenkapitels³⁶ wird der Nutzer ferner darauf hingewiesen, dass er sich bei konkreten Problemstellungen an einen erfahrenen Rechtsanwalt wenden soll. Beabsichtigt ist zudem, dass an bestimmten Entscheidungsstellen ein Hinweis auf eine Beratungsmöglichkeit durch einen Rechtsanwalt erfolgt, sodass auch insofern dem Nutzer verdeutlicht wird, dass bislang gerade keine individuelle Rechtsberatung vorgenommen wurde. Der Anschein einer individuellen Rechtsberatung könnte allenfalls dadurch entstehen, dass die am Ende der Prüfung erfolgende Zusammenfassung der Bearbeitung und Präsentation des Prüfungsergebnisses als «Persönliches Prüfungsprotokoll» bezeichnet wird. Andererseits verdeutlicht das in diesem Protokoll enthaltene Resümee dem Nutzer erneut, dass die erhaltene Antwort nur das Resultat seiner eigenen Bearbeitung ist.

Der Portalbetreiber stellt dem Nutzer neben dem eigentlichen Programm zudem weitere, von der janolaw eingerichtete, Websites bereit, aus denen sich u.a. auch die Funktionsweise der Software ergibt. So enthalten die Ausführungen zum Haftungsausschluss³⁷ einen ausdrücklichen Hinweis darauf, dass die auf der Website bereitgehaltenen Informationen (in Zusammenarbeit mit renommierten Universitäten) zusammengestellt wurden, also vom Nutzer bei Anwendung des Programms bereits vorgefunden und nicht erst persönlich für diesen erstellt wurden. Insbesondere ist dort auch vermerkt, dass die «Informationen lediglich einen Überblick gewähren und keinesfalls die Beratung durch einen Rechtsanwalt ersetzen».

Es bleibt daher festzustellen, dass der Nutzer angesichts der zahlreichen Hinweise auf die Funktionsweise des Programms nicht davon ausgehen wird, eine individuelle Person registriere seine Antworten, stelle die anknüpfenden Fragen und liefere das Ergebnis. Dementsprechend wird beim Programmnutzer nicht der unzulässige Anschein einer Rechtsberatung erweckt. Um letzte Zweifel an der automatisierten Erstellung des Prüfergebnisses zu vermeiden, sollte gegebenenfalls

³⁶ Z.B. im Kapitel Beendigung des Mietverhältnisses, <http://www.planethome.de>.

³⁷ Bei dem Portal von Planethome unter <http://www.planethome.de>.

die Bezeichnung des Ergebnisprotokolls als «*Persönliches Prüfungsprotokoll*» vermieden werden.

b) Berücksichtigung der Schutzzwecke des RBERG

Zuletzt bleibt zu untersuchen, ob das bislang gewonnene Ergebnis, d.h. die Vereinbarkeit des geplanten Internetauftritts mit Art. 1 § 1 RBERG, auch mit den Zielsetzungen des RBERG in Einklang steht. Diese sind nach der Gesetzesbegründung von 1935³⁸ im Schutz des Rechtsuchenden, in der Reibungslosigkeit der Rechtspflege sowie im Schutz des Anwaltsstandes zu sehen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass diesen drei Normzwecken unter der Geltung des Grundgesetzes eine andere Bedeutung beizumessen ist als zum Zeitpunkt der Gesetzesbegründung. Nach ständiger Rechtsprechung des BVerfG rechtfertigt der Schutz vor Konkurrenz grundsätzlich keine Eingriffe in die durch Art. 12 GG geschützte Berufsfreiheit³⁹. Unter dem Gesichtspunkt eines Konkurrenzschutzes vor Personen, die nicht vergleichbaren Bindungen wie die Anwaltschaft unterworfen sind, kann der Schutz der Anwaltschaft daher grundsätzlich keine Geltung beanspruchen. Anzuknüpfen ist daran, dass die Garantie einer reibungslosen Rechtspflege als uneingeschränkt geltender Gemeinwohlbelang notwendigerweise auch den Erhalt einer leistungsfähigen Berufsgruppe beinhaltet^{40, 41}.

aa) Schutz des Rechtsuchenden

Der Rechtsuchende soll vor Nachteilen und Schäden bewahrt werden, die er erleidet, weil er seine Rechtsangelegenheit in die Hand einer Person legt, die unzuverlässig ist oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzt und daher keine Gewähr für eine ordnungsgemäße Erledi-

³⁸ RSIBl. 1935, 1528 (1528).

³⁹ So z.B. BVerfG NJW 1996, 3067 (3069); BVerfG NJW 1998, 3481 (3483).

⁴⁰ BVerfG NJW 1998, 3481 (3483).

⁴¹ Auch die Bundesregierung betonte jüngst in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage von Abgeordneten der F.D.P.-Fraktion bezüglich der Zukunft der Rechtsberatung, dass primäres Ziel des Rechtsberatungsgesetzes der Verbraucherschutz sei, daneben aber auch die Reibungslosigkeit der Rechtspflege; veröffentlicht in: BRAK-Mitt. 2000, 247 (247).

gung der Rechtsangelegenheit bietet⁴². Wie festgestellt wurde, ist das geplante Internetangebot im Wesentlichen mit einem Rechtsratgeberbuch vergleichbar, bei dessen Lektüre in etwa die gleichen Gefahren wie bei der Anwendung des Rechtsinformationsprogramms bestehen. Kommt der Leser durch die Darstellung in einem Ratgeberbuch irrtümlich zu dem Schluss, dass sein Rechtsproblem der weiteren Verfolgung nicht wert ist, so mag er zwar einen Schaden erleiden. Er hat die Rechtsangelegenheit indes nicht in die Hand einer zur Rechtsbesorgung ungeeigneten Person gelegt; der erlittene Nachteil beruht vielmehr auf seiner eigenen Fehleinschätzung. So hat auch das OLG Köln⁴³ entschieden, dass ein als allgemein behelrende Information einzustufender Zeitschriftenbeitrag selbst dann nicht als unzulässige Rechtsberatung i.S.v. Art. 1 § 1 RBERG zu bewerten sei, wenn seine Leser irrtümlich meinen, es werde genau «ihr Fall» beschrieben. Das Problem bestehe gleichermaßen bei der Inanspruchnahme eines Ratgeberbuchs, ohne dass ein solches eine unzulässige Rechtsberatung darstelle. Die gleichen Grundsätze müssen für ein Rechtsinformationsprogramm gelten, wenn wie hier dem Nutzer mehrfach verdeutlicht wird, dass die Informationen, die ihm durch den Programmablauf vermittelt werden, keine anwaltsähnliche Beratung darstellen. Dann beinhaltet das Programm unter Verbraucherschutzaspekten keine weiter gehenden Gefahren als sie bei jeder anderen allgemein gehaltenen Rechtsbelehrung bestehen. Auch hier legt der Programmanwender weder in objektiver Hinsicht sein Rechtsproblem in fremde Hände, noch geht er davon aus, er täte es⁴⁴. Erleidet er dadurch, dass er die Fragen missversteht oder aus anderen Gründen eine falsche Antwort anklickt, einen Schaden, ist dieser daher nicht anders zu bewerten als im beschriebenen Fall der missverstandenen Beschreibung in einem Rechtsratgeberbuch.

⁴² BGH NJW 1961, 313 (313f.); BGH NJW 1963, 441 (443f.); BGH NJW 1967, 1558 (1559); BGH MDR 1970, 656 (656); BVerwG NJW 1977, 2178 (2178); BAG NJW 1993, 2701 (2702); *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 12; *König*, Rechtsberatungsgesetz, S. 22 f.; Antwort der Bundesregierung v. 28.7.2000 auf eine Große Anfrage, BRAK-Mitt. 2000, 247 (247).

⁴³ OLG Köln NJW 1999, 504 (507).

⁴⁴ Vgl. oben unter C, Frage 1, II 2 a.

Der Schutz des Verbrauchers könnte aber unter dem Aspekt gefährdet sein, dass das Programm in Einzelfällen unzutreffende Informationen bereithält, bspw. weil eine Änderung der Rechtslage erfolgt ist, die in das Programm nicht rechtzeitig eingearbeitet wurde. Im Gegensatz zu einer anwaltlichen Beratung kann der Nutzer in einem solchen Fall den Portalbetreiber aufgrund des Haftungsausschlusses nicht wegen eines erlittenen Schadens in Anspruch nehmen. Nicht zu leugnen ist daher, dass der Rechtsuchende bei einer fehlerhaften Rechtsberatung durch einen Anwalt besser geschützt ist als bei einer fehlerhaften Information durch das geplante Internetangebot. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass andere, mit dem Rechtsinformationsprogramm vergleichbare, Ratgeberangebote wie Rechtsratgeberbücher, allgemein gehaltene Belehrungen in Rundfunksendungen oder Online-Rechtsinformationen, gleichfalls die Gefahr fehlerhafter Informationen in sich bergen, ohne dass hieraus deren Unzulässigkeit gefolgert wird. Im Vergleich zu den Ratgeberangeboten in Printmedien, ist eine Gefährdung des Verbraucherschutzes bei dem Rechtsinformationsprogramm sogar in geringerem Umfang zu besorgen, da bei einem Onlineangebot Fehler schneller und weniger aufwendig korrigiert werden können.

In Anlehnung an die Bewertung von Ratgeberbüchern ergibt sich aus Verbraucherschutzaspekten keine Notwendigkeit, das vorliegende Online-Informationsangebot als unzulässige Rechtsbesorgung zu bewerten.

bb) Reibungslosigkeit der Rechtspflege

Unter der Gewährleistung einer reibungslosen Abwicklung des Rechtsverkehrs ist zu verstehen, dass der Verkehr zwischen dem Rechtsuchenden und den Gerichten und dabei vornehmlich die reibungslose Durchführung von Rechtsstreitigkeiten sichergestellt ist. Diese soll nicht durch eine Zwischenschaltung von Personen oder Vereinigungen gestört werden, denen die erforderliche Zuverlässigkeit, Sachkunde und Eignung fehlt⁴⁵. Mittelbar geschützt werden insofern

⁴⁵ BVerwG DVBl. 1980, 640 (640); OLG Hamm NJW 1954, 516 (517f.); OLG Karlsruhe AnwBl. 1989, 244 (244); LG Hamburg NJW 1961, 2216 (2216).

auch Belange der Anwaltschaft⁴⁶. Eine fühlbare Beeinträchtigung der für eine ordnungsgemäße Rechtspflege benötigten Anwaltschaft durch das geplante Onlineprojekt ist indes nicht zu befürchten, da dem Rechtsuchenden während der Programmanwendung mehrfach deutlich gemacht wird, dass das Programm eine anwaltliche Beratung nicht ersetzt. Wie bereits von *Bethge*⁴⁷ für das Verhältnis zwischen Rechtsberatungsangeboten im Rundfunk und dem Schutzzweck des RBERG geltend gemacht wurde, lässt sich auch hier kein Verdrängungswettbewerb, sondern vielmehr ein Ergänzungsverhältnis zwischen dem Onlineangebot und der Anwaltschaft feststellen. So kommt durchaus in Betracht, dass die Wahrnehmung des Onlineangebots im Ergebnis dazu führt, dass sich der Rechtsuchende in seinem Vorhaben bestärkt fühlt oder überhaupt erst die Entscheidung trifft, einen Anwalt aufzusuchen, weil die Angelegenheit eine Weiterverfolgung wert zu sein scheint. Dies gilt umso mehr, als nach der beabsichtigten Konzeption an bestimmten Entscheidungsstellen der Hinweis erscheint, dass sich der Nutzer zur weiteren Beratung an einen Anwalt wenden sollte. Handelt es sich dagegen um eine einfache Rechtsfrage, bei der dem Nutzer das Ergebnis des Prüfungsprotokolls ausreicht und er – ggf. unter Zuhilfenahme der Musterprotokolle – selbst die Angelegenheit weiterverfolgt, ist die Situation nicht anders zu beurteilen, als wenn er seine Erkenntnis aus einem Ratgeberbuch gewonnen hätte⁴⁸. Eine Gefährdung der Reibungslosigkeit der Rechtspflege besteht folglich nicht.

III. Ergebnis

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass nach der hier vertretenen Auffassung mangels rechtsbesorgender Tätigkeit das Bereithalten des geplanten Internetangebots nicht als Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG zu werten ist.

⁴⁶ Vgl. oben unter C, Frage 1, II 2 b.

⁴⁷ *Bethge*, Rechtsberatung im privaten Rundfunk, S. 100 f.

⁴⁸ So auch *Hensler*, Rechtsgutachten: Rechtsinformationssysteme im Internet, Februar 2001, S. 19.

Frage 2: Unterstellt, es liegt ein Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG vor, wie ist die Situation zu beurteilen, wenn das Internetangebot von einem im Ausland ansässigen Unternehmen auf einem dort betriebenen Server bereitgestellt würde?

Sollte das Internetangebot durch ein im Ausland ansässiges Unternehmen via eines dort betriebenen Servers erbracht werden, so stellt sich die Frage, ob für diese Tätigkeit das RBERG Anwendung findet. Nach ganz überwiegender Ansicht in Rechtsprechung und Schrifttum muss diesbezüglich entweder auf den Ort der Leistungserbringung⁴⁹ oder den Ort der Niederlassung⁵⁰ abgestellt werden. Gemeinsam ist beiden Anknüpfungspunkten, dass das RBERG nur dann eingreifen soll, wenn sich die Rechtsbesorgung im Inland vollzieht⁵¹. Unerheblich ist die Nationalität des Rechtsbesorgenden⁵².

I. Ort der Niederlassung als möglicher Anknüpfungspunkt

Stellt man ausschließlich auf den Ort der Niederlassung ab⁵³, so ergibt sich, dass das RBERG bei einem im Ausland niedergelassenen Unternehmen keine Anwendung findet.

II. Beurteilung unter Bezugnahme auf den Ort der Leistungserbringung

Legt man den Ort der Leistungserbringung als Anknüpfungspunkt zugrunde, so findet das RBERG wegen des Territorialitätsprinzip keine

⁴⁹ VG Schleswig NJW 1989, 1178 (1178); *Willandsen*, NJW 1989, 1128 (1129 f.); *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 5.

⁵⁰ *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 261; Erbs/Kohlhaas/Senge, Art. 1 § 3 Rn. 11.

⁵¹ VG Schleswig NJW 1989, 1178 (1178).

⁵² *Caliebe*, in: Seitz, Inkasso-Handbuch, 3. Aufl. 2000, Rn. 1024; *Mankowski*, AnwBl. 2001, 73 (74).

⁵³ So LG Dortmund AnwBl. 1999, 617 (618); *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 272; *Prütting*, in: Henssler/Prütting, Bundesrechtsanwaltsordnung 1997, Einl. RBERG Rn. 62.

Anwendung, wenn die Rechtsberatung im Ausland stattfindet⁵⁴. Dies soll auch für den Grenzfall gelten, dass eine schriftliche oder mündliche Rechtsberatung aus dem Ausland erfolgt, aber an einen in Deutschland ansässigen Mandanten gerichtet ist⁵⁵. Eine entsprechende Bewertung für das Bereithalten eines vermeintlich rechtsbesorgenden Internetangebots auf einem ausländischen Server ergibt, dass für eine solche Tätigkeit das RBERG ebenfalls keine Geltung beanspruchen kann, selbst wenn das Angebot vornehmlich an potenzielle Nutzer in Deutschland gerichtet ist. Auch hier erbringt das Unternehmen seine Leistung ausschließlich im Ausland, indem es das Internetangebot auf dem ausländischen Server platziert.

III. Mögliche Relevanz des Erfolgsortes

Anders könnte die Situation zu bewerten sein, wenn man, wie in einem Fall des OLG Hamm⁵⁶, den rechtlichen Anknüpfungspunkt vorrangig im Erfolgsort sieht⁵⁷. Gegenstand dieses Falls war die Inkassotätigkeit einer niederländischen Gesellschaft, welche versuchte, für einen deutschen Mandanten in Deutschland eine Forderung einzuziehen, ohne im Besitz einer Inkasso-Erlaubnis zu sein. Das Gericht betonte, dass in Fällen, in denen die Handlung des Rechtsbesorgenden nicht nur handlungsbestimmt, sondern wie bei einer Forderungseinziehung auch erfolgsbestimmt ist, nicht allein der Tätigkeitsort maßgeblich sein kann. Eine solche Forderungseinziehung, mag sie auch aus dem Ausland erfolgen, falle deshalb unter das RBERG, weil es sich um eine rein innerdeutsche Angelegenheit handle. Ohne die Einziehung aus dem Ausland fehle es schließlich an jeder Auslandsberührung.

Wie sich aus der Argumentation des Gerichts ergibt, kann das Merkmal des Erfolgsorts jedoch nur insoweit herangezogen werden,

⁵⁴ So auch *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 5, im Hinblick auf den parallel gelagerten Fall, dass ein im Ausland ansässiger Rechtsbeistand einen Mandanten im Ausland empfängt und ihn dort berät.

⁵⁵ VG Schleswig NJW 1989, 1178 (1178).

⁵⁶ OLG Hamm BRAK-Mitt. 2000, 207 ff.

⁵⁷ Zustimmung auch *Mankowski*, AnwBl. 2001, 73 (75).

als es sich bei der Tätigkeit um einen Fall der *Rechtsbesorgung* handelt. Denn eine *rechtsberatende* Tätigkeit ist ausschließlich handlungsbestimmt und gerade nicht an einen bestimmten Erfolg geknüpft. Bei dem hier in Frage stehenden Internetangebot liegt aber allenfalls eine *rechtsberatende* Tätigkeit vor, da weder fremde Rechte verwirklicht noch fremde Rechtsverhältnisse verändert oder gestaltet werden. Das hat zur Konsequenz, dass mangels erfolgsbestimmter Tätigkeit der Erfolgsort als Anknüpfungspunkt für die Frage der Anwendbarkeit des RBERG nicht zugrunde gelegt werden kann.

Unabhängig davon, ob man für die Anwendbarkeit auf den Ort der Niederlassung oder den der Leistungserbringung abstellt, ergibt sich insoweit, dass das RBERG keine Anwendung findet, wenn ein im Ausland ansässiges Unternehmen über einen im Ausland befindlichen Server eine *rechtsberatende* Tätigkeit vornimmt, die von Mandanten in Deutschland in Anspruch genommen werden kann.

IV. Vereinbarkeit mit den Vorgaben der E-Commerce-Richtlinie 2000/31/EG

In diesem Zusammenhang sind außerdem die Vorgaben der E-Commerce-Richtlinie 2000/31/EG⁵⁸ zu beachten, welche die sog. Dienste der Informationsgesellschaft zum Gegenstand hat. Insofern als nach dem Erwägungsgrund 18 von der Richtlinie auch solche Dienste erfasst werden, die nicht von denjenigen vergütet werden, die sie empfangen, wie etwa Online-Informationendienste⁵⁹ finden für eine Online-Rechtsberatung die Vorgaben der E-Commerce-Richtlinie grundsätzlich Anwendung⁶⁰.

1. Grundsatz des Herkunftslandprinzips, Art. 3 Abs. 1 RiLi 2000/31/EG

Nach dem in Art. 3 Abs. 1 und 2 der Richtlinie niedergelegten Herkunftslandprinzip gilt für die Dienste der Informationsgesellschaft,

⁵⁸ ABl. EG 2000 Nr. L 178.

⁵⁹ ABl. EG Nr. L 178 v. 17.7.2000, 3.

⁶⁰ Mankowski, AnwBl. 2001, 73 (78); Landfermann, ZUM 1999, 795 (797); Spindler, MMR-Beilage 7/2000, 4 (5).

dass sich ihre Zulässigkeit grundsätzlich nach dem Recht des Herkunftslandes beurteilt. Demzufolge käme in der vorliegenden Konstellation das deutsche RBERG nicht zur Anwendung⁶¹.

2. Unanwendbarkeit des Herkunftslandprinzips gem. Art. 3 Abs. 1 wegen Art. 3 Abs. 3 RiLi 2000/31/EG

Ausnahmen vom Herkunftslandprinzip ergeben sich aus Art. 3 Abs. 3 in Verbindung mit dem Anhang der Richtlinie. Danach findet das Herkunftslandprinzip unter anderem bei vertraglichen Schuldverhältnissen in Bezug auf Verbraucherverträge keine Anwendung. Wie sich auch aus den Erwägungsgründen 55 und 56 ergibt, dient diese Regelung dazu, den Verbraucher vor der Entziehung des Schutzes zu bewahren, der ihm von den zwingenden Vorschriften für vertragliche Vorschriften nach dem Recht des Mitgliedsstaates, in dem er seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat, gewährt wird. Insofern als das RBERG ein verbraucherschützendes Gesetz ist⁶², findet Art. 3 Abs. 1 RiLi 2000/31/EG und insofern das dort festgeschriebene Herkunftslandprinzip keine Anwendung.

V. Folgerungen aus der Dienstleistungsfreiheit (Art. 49 EGV) und der Möglichkeit einschränkender Regelungen

Allein aus der Unanwendbarkeit des Art. 3 Abs. 1 RiLi 2000/31/EG folgt indes nicht die Geltung des RBERG. Es verbleibt die grundsätzliche Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit nach EG-Recht⁶³, wonach bei einem im Ausland ansässigen und dort seine Leistung erbringenden Unternehmen deutsches Recht und daher auch das RBERG nicht zur Anwendung kommt. Etwas anderes könnte sich ausnahms-

⁶¹ Maßgeblich ist beim Herkunftslandprinzip nach dem insoweit ausdrücklichen Wortlaut des Art. 3 Abs. 1 allein der Ort der Niederlassung, sodass der Standort des Servers sowie der Ort, an dem die Website zugänglich ist, unerheblich sind; vgl. Gierschmann, DB 2000, 1315 (1316).

⁶² Vgl. dazu oben unter C Frage 1 II 2 b aa.

⁶³ Art. 43 und 49 EGV.

weise ergeben, wenn feststehen sollte, dass die Tätigkeit des Portalbetreibers ganz oder vorwiegend auf das Gebiet der Bundesrepublik ausgerichtet ist und er hierdurch bezweckt, sich die durch Art. 49 EGV garantierte Dienstleistungsfreiheit zu nutze zu machen, um sich den Regelungen des deutschen RBERG zu entziehen. Denn nach der Rechtsprechung des EuGH steht dem Mitgliedsstaat, dessen Berufsregelungen in einem solchen Missbrauchsfall versucht werden zu umgehen, das Recht zum Erlass von Vorschriften zur Verhinderung der Umgehung zu⁶⁴. An den Missbrauchsvorwurf sind allerdings strenge Anforderungen zu stellen, da dieser zugleich die Wertungen der Niederlassungsfreiheit beschneidet. So muss der Missbrauch von dem den Missbrauch reklamierenden Staat bewiesen werden⁶⁵. Entsprechend den aufgeführten Voraussetzungen eines Missbrauchsverdachts ließe sich der Vorwurf einer missbräuchlichen Umgehung nationaler Bestimmungen nicht erfolgreich erheben, wenn das geplante Internetangebot auf eine weitere als die deutsche Rechtsordnung zugeschnitten ist. Es mangelt dann an der überwiegenden Ausrichtung der Tätigkeit auf das deutsche Staatsgebiet.

VI. Ergebnis

Unter der Prämisse, dass das geplante Internetangebot neben dem deutschen Rechtsberatungsmarkt einen weiteren Rechtsberatungsmarkt anspricht, ergeben sich selbst bei Annahme einer rechtsberatenden Tätigkeit im Hinblick auf die Vorschrift des Art. 1 § 1 RBERG keine Bedenken, wenn das Programm von einem ausländischen Unternehmen auf einem ausländischen Server bereitgestellt wird. Die E-Commerce-Richtlinie findet für die beschriebene Konstellation keine Anwendung.

⁶⁴ Siehe EuGH, Rs. C-205/84 – Kommission/Deutschland, Slg. 1986, 3793, Rn. 22.

⁶⁵ Vgl. *Mankowski*, AnWB. 2001, 73 (79); vgl. auch die *Centros*-Entscheidung des EuGH, Slg. 1999, I-1459 – *Centros Ltd./Erhvervs- og Selskabsstyrelse*. Hier hatte der EuGH einer formell englischen Gesellschaft, die eine relevante operative Tätigkeit nur in Dänemark, aber nicht in England entfaltet, trotz des konkret missbrauchsverdächtigen Sachverhalts die Qualität einer englischen Gesellschaft zugebilligt und überlagernde Regulierungsansprüche Dänemarks zurückgewiesen.

Frage 3: Stellt die Einschaltung eines Anwalts zur weiterführenden Beratung durch den Portalbetreiber einen Verstoß gegen das RBERG oder gegen berufsrechtliche Vorschriften der BRAO bzw. der BRAGO dar?

Die Einschaltung eines Anwalts an bestimmten Kreuzungsstellen des Entscheidungsbaums könnte (I.) einen Verstoß des Portalbetreibers gegen Art. 1 § 1 RBERG und §§ 1, 3 UWG bzw. (II.) einen Verstoß der betreffenden Anwälte gegen berufsrechtliche Vorschriften der BRAO bzw. BRAGO darstellen. Im Falle eines Verstoßes der vermittelten Rechtsanwälte gegen die letztgenannten Vorschriften schließt sich weiterhin die Frage an, ob ein solcher Verstoß dem Portalbetreiber bzw. der *janolaw* zuzurechnen ist.

I. Verstoß des Portalbetreibers gegen Art. 1 § 1 RBERG bzw. §§ 1 oder 3 UWG

Nach der vorangegangenen Prüfung verstößt der Portalbetreiber durch das Bereithalten der allgemeinen Informationen in Form sog. Entscheidungsbäume zwar nicht gegen Art. 1 § 1 RBERG; insbesondere wird auch nicht der unzulässige Anschein erweckt, es finde eine individuelle Beantwortung der Fragen und damit eine Rechtsberatung statt. Mit der Vorschrift des Art. 1 § 1 RBERG oder den §§ 1 bzw. 3 UWG könnte es aber unvereinbar sein, dass der Portalbetreiber an bestimmten Stellen im Programmablauf auf die Möglichkeit einer weiterführenden Beratung durch einen Anwalt hinweist und die Sammelnummer eines Call-Centers bereithält, welches den unmittelbaren Kontakt zwischen Anwalt und Rechtsuchendem herstellt.

Fraglich erscheint, ob in diesem Zusammenhang Bezüge zu der rechtlichen Bewertung sog. Anwaltssuchdienste und Anwaltshotlines hergestellt werden können. Bei einem Anwaltssuchdienst wird dem Rechtsuchenden per Telefon- oder Internetverbindung kostenlos ein Rechtsanwalt genannt, der für diesen nach dem Sitz der Kanzlei und dem überwiegenden Tätigkeitsfeld des Anwalts in Betracht kommt. Eine Anwaltshotline nimmt der Rechtsuchende in Anspruch, wenn er direkt mit einem Rechtsanwalt in Kontakt treten will. Der potenzielle

Mandant ruft hierfür eine bundesweit einheitliche Telefonnummer an, welche einem Netz angehört, das der Hotlinebetreiber bereithält. Die ankommenden Anrufe werden entweder nach Fachschwerpunkten an eine bestimmte Kanzlei oder an die gesamte Gruppe der Anwälte weitergeleitet, sodass die Beratung durch denjenigen durchgeführt wird, welcher als Erster aus der Gruppe den Anruf entgegennimmt. Die an der Hotline teilnehmenden Rechtsanwälte zahlen für die Vermittlung eine monatliche Pauschalgebühr an den Hotlinebetreiber.

Die Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit der Tätigkeit von den Betreibern solcher Serviceeinrichtungen war in der Vergangenheit Gegenstand mehrerer gerichtlicher Verfahren. Wegen der Parallelen bei der Anwaltsvermittlung durch den Portalbetreiber zu den Anwaltshotlines und -suchdiensten sollen die diesbezüglich vertretenen Auffassungen in der Rechtsprechung sowie im Schrifttum zunächst kurz dargestellt werden. In einem zweiten Schritt ist dann zu untersuchen, mit welcher der genannten Serviceleistungen die hier in Frage stehende Vermittlungstätigkeit des Portalbetreibers vergleichbar ist.

1. Die Rechtsprechung zu den Anwaltssuchdiensten

Bei den Anwaltssuchdiensten scheidet von vornherein die Möglichkeit eines Verstoßes gegen Art. 1 § 1 RBERG oder §§ 1 oder 3 UWG aus. Die Tätigkeit eines Suchdienstbetreibers erschöpft sich darin, dem Rechtsuchenden einen Rechtsanwalt zu benennen. Eine rechtsbesorgende Tätigkeit kann darin nicht gesehen werden⁶⁶. Die Kontaktaufnahme mit dem Rechtsanwalt erfolgt zudem unmittelbar und ausschließlich durch den Rechtsuchenden selbst, sodass auch die Möglichkeit einer partnerschaftlich erbrachten Rechtsberatung von Suchdienstbetreiber und Rechtsanwalt oder eine Irreführung des Rechtsuchenden über die Person des Mandantsvertragspartners nicht in Betracht kommt. Die rechtliche Zulässigkeit der Anwaltssuchdienste wurde in der Rechtsprechung daher auch nur im Hinblick auf einen Verstoß der teilnehmenden Rechtsanwälte gegen § 43 b BRAO und § 3 UWG wegen unzulässiger (irreführender) Werbung disku-

⁶⁶ Siehe oben unter Fn. 27.

tiert⁶⁷. Ein unmittelbarer Verstoß des Portal- bzw. Call-Centerbetreibers gegen Art. 1 § 1 RBERG oder wettbewerbsrechtliche Vorschriften scheidet dagegen aus.

2. Die rechtliche Bewertung der Anwaltshotlines

Mit der Frage, ob das Betreiben einer sog. Anwaltshotline durch ein gewerbliches Unternehmen einen Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG darstellt oder wegen irreführender Angaben nach §§ 1 oder 3 UWG unzulässig ist, haben sich die instanzgerichtliche Rechtsprechung sowie das Schrifttum in den vergangenen Jahren eingehend auseinandergesetzt. Eine höchstrichterliche Entscheidung in dieser Frage steht noch aus, ist aber insofern bald zu erwarten, als in zwei Verfahren die Revision anhängig ist⁶⁸.

a) Mindermeinung: Unzulässigkeit der Anwaltshotlines

Ein Teil der Instanzgerichte⁶⁹ und des Schrifttums⁷⁰ begründet die Unzulässigkeit der sog. Anwaltshotlines mit einem Verstoß der Hotlinebetreiber gegen Art. 1 § 1 RBERG. Vereinzelt wird daneben das Vorliegen einer wettbewerbswidrigen Irreführung nach §§ 1 bzw. 3 UWG geltend gemacht.

aa) Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG

Für die Annahme eines Verstoßes gegen Art. 1 § 1 RBERG wird daran angeknüpft, dass eine Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten nicht dadurch ausgeschlossen werde, dass eine rechtliche Beratung nicht in eigener Person erteilt wird⁷¹. Dementsprechend könne eine unzulässige Rechtsberatung vorliegen, wenn sich die Zusammenarbeit eines nicht zur Rechtsbesorgung Berechtigten mit einem Rechtsan-

⁶⁷ Siehe dazu unten C, Frage 3, II 3.

⁶⁸ Die Revisionen betreffen die Verfahren des OLG München, Urt. v. 2.3.2000 – 29 U 4401/99, DB 2000, 919 sowie des KG, Urt. v. 11.1.2000, AnwBl. 2000, 315.

⁶⁹ OLG München CR 1999, 764 (764); KG AnwBl. 2000, 315 (315).

⁷⁰ Berger, NJW 1999, 1353 (1354); Schmittmann, K&R 1999, 309 (309 ff.).

⁷¹ Vgl. hierzu oben C, Frage 1, II 2 a bb.

walt als derart gestaltet und derart eng darstellt, dass von einer «partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit eigenen Tatbeiträgen» gesprochen werden kann⁷². Die Berechtigung des Rechtsanwalts zur Vornahme der Rechtsbesorgung könne an der Unzulässigkeit der selbstständigen Mitwirkung des Hotlinebetreibers nichts ändern, da sich die Zusammenarbeit als besonders intensiv erweise. Der insofern maßgebliche eigenverantwortliche und für die Rechtsberatung unverzichtbare Tatbeitrag zeige sich darin, dass der Hotlinebetreiber in eigener Verantwortung den technischen Zugang bereithält, für die Organisation und Besetzung der Auskunftsstelle sorgt, die Werbung durchführt und ggf. die Entgelte einzieht. Der Hotlinebetreiber würde daher mit dem Rechtsanwalt gemeinsam die Rechtsberatungsleistung erbringen und so gegen Art. 1 § 1 RBerG verstoßen.

bb) Objektive Irreführung i.S.v. §§ 1 bzw. 3 UWG

Teilweise wird auch vertreten, der Hotlinebetreiber verstoße wegen objektiver Irreführung über die eigene geschäftliche Sphäre gegen §§ 1 bzw. 3 UWG, da er den potenziellen Mandanten über den Partner des Mandantenvertrags täusche⁷³. Für den Anrufer sei nicht erkennbar, dass er nur mit dem Rechtsanwalt und nicht mit dem Hotlinebetreiber einen Mandatsvertrag schließe.

b) Herrschende Meinung: Zulässigkeit der Anwaltshotlines

Der überwiegende Teil der Rechtsprechung⁷⁴ und des Schrifttums⁷⁵ geht hingegen davon aus, dass die Tätigkeit der Hotlinebetreiber im Einklang mit dem RBerG und dem Wettbewerbsrecht stehe.

aa) Vereinbarkeit mit Art. 1 § 1 RBerG

Im Hinblick auf einen möglichen Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBerG wird der Gegenauffassung zwar insofern zugestimmt, als eine Besorgung

⁷² So OLG München CR 1999, 764 (765).

⁷³ Zit. nach *Römermann/Funke*, MDR 2001, 1 (3).

⁷⁴ OLG München NJW 1999, 150 (150); OLG München DB 2000, 919 (919); LG Erfurt JZ 1998, 527 (527); LG Berlin AnwBl. 1999, 115 (115).

⁷⁵ So z.B. *Bardenz*, MDR 2001, 247 (251).

fremder Rechtsangelegenheiten auch dann vorliegen könnte, wenn eine Tätigkeit auf die unmittelbare Förderung einer konkreten fremden Rechtsangelegenheit gerichtet ist, ohne dass sie durch den Besorgenden selbst und abschließend geregelt werden muss. Zu Recht wird aber weiter angeführt, dass der Betrieb einer Anwaltshotline von der rechtsberatenden Tätigkeit des Rechtsanwalts losgelöst sei und von einer «partnerschaftlich erbrachten Rechtsbesorgung» nicht die Rede sein könne. Der Mandatsvertrag komme ausschließlich zwischen Mandant und Anwalt zustande⁷⁶. Richtigerweise ließe sich eine andere Beurteilung nur dann rechtfertigen, wenn die Rechtsangelegenheit des Anrufers unter Hinzuziehung eines Anwalts gefördert werde, der nach den tatsächlichen Umständen nicht Vertragspartner, sondern nur Erfüllungsgehilfe sei⁷⁷. Dafür müsse der Rechtsanwalt nach § 278 BGB mit Wissen und Willen des Betreibers in dessen Pflichtenkreis tätig sein. Dies sei aber nicht der Fall, wenn der Rechtsanwalt selbstständig und eigenverantwortlich eine Rechtsberatung vornehme⁷⁸. Zutreffend wird darauf abgestellt, die Tätigkeit des Hotlinebetreibers erschöpfe sich darin, die telefon-technische Möglichkeit zur Erreichung eines Anwalts zur Verfügung zu stellen, ohne Bezug auf eine konkrete fremde Rechtsangelegenheit zu nehmen⁷⁹.

bb) Kein Verstoß gegen §§ 1 oder 3 UWG

Der weitere Einwand, der Anrufer könne irrtümlich meinen, sein Vertragspartner sei anstelle des Anwalts der Hotlinebetreiber, kann jedenfalls dann nicht aufrecht gehalten werden, wenn der Rechtssuchende darauf hingewiesen wird, dass der Beratungsvertrag unmittelbar zwischen ihm und dem beratenden Anwalt zustande kommt⁸⁰.

⁷⁶ So auch OLG München NJW 1999, 150 (151); *Römermann*, Anwalt 2001, 10 (11).

⁷⁷ OLG München NJW 1999, 150 (151); vgl. BGH NJW 1987, 3003 (3004); OLG Schleswig AnwBl. 1989, 245 (245); OLG Karlsruhe GRUR 1991, 619 (621 f.).

⁷⁸ So auch *Büding/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (533).

⁷⁹ So auch OLG München NJW 1999, 150 (151); OLG München AnwBl. 2000, 452 (452); *Büding/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (533); *Römermann*, Anwalt 2001, 10 (11); *Schmittmann*, K&R 1999, 309 (309); *Zimmermann*, NJW-CoR 1998, 351 (353).

⁸⁰ *Römermann*, Anwalt 2001, 10 (11).

3. Beurteilung des vorliegenden Rechtsinformationssystems

Vergleicht man die angebotene Dienstleistung des Portalbetreibers mit der Tätigkeit der Betreiber von sog. Anwaltshotlines und Anwaltsuchdiensten, so ergibt sich, dass die Vermittlung des Programmnutzers an einen Rechtsanwalt im Wesentlichen der Tätigkeit eines Hotlinebetreibers entspricht⁸¹. Zwar mag auch eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Anwaltsuchdienst im Hinblick darauf bestehen, dass die an den Entscheidungsstellen vermittelbaren Rechtsanwälte wie bei einem Anwaltsuchdienst entsprechend ihrem Tätigkeitsschwerpunkt ausgesucht werden, d.h. ein im Themenkapitel «Mietrecht» vermittelter Anwalt überwiegend auf diesem Gebiet tätig ist. Im Gegensatz zu den Anwaltsuchdiensten, deren Beitrag sich in der bloßen Empfehlung eines Anwalts erschöpft, ermöglicht der Portalbetreiber darüber hinaus aber auch die Kontaktaufnahme mit dem jeweiligen Anwalt via Telefon oder Internet. Wenngleich erst das Call-Center den unmittelbaren Kontakt zu dem Rechtsanwalt herstellt, ist der Portalbetreiber nach der geplanten Konzeption ein notwendiges Bindeglied für die Vermittlung zwischen Rechtsuchendem und Rechtsanwalt.

a) Möglicher Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG

Überträgt man die zu den Anwaltshotlines hinsichtlich eines möglichen Verstoßes gegen Art. 1 § 1 RBERG überwiegend vertretene Auffassung⁸², die im Hinblick auf die Tätigkeit des Portalbetreibers von der Zulässigkeit solcher Hotlines ausgeht, auf die Vermittlungstätigkeit des Portal- und Call-Centerbetreibers, so steht auch diese im Einklang mit dem RBERG. Es verbleibt allerdings eine teilweise Rechtsunsicherheit, da eine höchstrichterliche Entscheidung zu den Anwaltshotlines bislang aussteht.

b) Möglicher Verstoß gegen §§ 1 oder 3 UWG

Ein möglicher Verstoß gegen §§ 1 oder 3 UWG scheidet hier jedenfalls dann aus, wenn Vorkehrungen getroffen werden, die eine potenzielle

⁸¹ A.A. Hensler, Rechtsinformationssysteme im Internet, Februar 2001, S. 28 f., der die angebotene Dienstleistung als moderne Version der Anwaltsuchdienste bewertet.

⁸² Siehe oben unter C, Frage 3, I 1.

Täuschung des Mandanten über die Person des Vertragspartners von vornherein ausschließen. So wurde bspw. vom OLG München die Gefahr einer Irreführung des Mandanten bei einer Telefonhotline zu Recht verneint, weil der Anrufer zu Beginn des Gesprächs vom Hotlinebetreiber darauf hingewiesen wird, dass der Mandatsvertrag zwischen dem Rechtsanwalt und ihm zustande kommt⁸³. Statt einer solchen telefonischen Information würde es sich bei einem Onlineangebot wie hier auch anbieten, einen inhaltsgleichen Hinweis direkt auf der Website zu platzieren. Kommt der Portalbetreiber einer entsprechenden Maßnahme nach, stellt sich die Frage nach einem Verstoß gegen §§ 1 oder 3 UWG, ungeachtet der Bewertung sonstiger Anwaltshotlines, nicht.

Zusammenfassend verstößt der Hotlinebetreiber nach der hier vertretenen Auffassung durch den Hinweis auf die Möglichkeit einer weiterführenden Beratung durch einen Rechtsanwalt nicht gegen Art. 1 § 1 RBERG, §§ 1 oder 3 UWG. Abzuwarten bleiben jedoch die Entscheidungen der in dieser Sache beim BGH anhängigen Revisionsverfahren.

II. Ein dem Portalbetreiber zurechenbarer Verstoß der eingeschalteten Anwälte gegen berufsrechtliche Vorschriften der BRAO bzw. BRAGO

Insofern als das Berufsrecht der Anwälte ausschließlich für diese Anwendung findet und somit nicht für einen Portalbetreiber gilt, der dem Stand der Rechtsanwälte nicht angehört⁸⁴, kommt ein unmittelbarer Verstoß des Portalbetreibers gegen die Vorschriften der BRAO oder BRAGO nicht in Betracht. Denkbar ist jedoch, dass die vermittelten Rechtsanwälte gegen das Berufsrecht verstoßen und dieser Verstoß dem Portalbetreiber zuzurechnen ist⁸⁵. Denn eine Zuwiderhandlung der Anwälte gegen das Berufsrecht erfüllt gleichzeitig den Tatbestand

⁸³ OLG München NJW 1999, 150 (151).

⁸⁴ Vgl. OLG München CR 1999, 764 (765).

⁸⁵ Vgl. zur Frage der Zurechnung OLG München AnwBl. 2000, 452 (452).

des § 1 UWG in der Fallgruppe «Vorsprung durch Rechtsbruch»⁸⁶. Wer wiederum – z.B. als Hotlinebetreiber – die Infrastruktur für einen Verstoß gegen § 1 UWG bereithält, kann neben dem Verletzer als Störer i.S. des UWG auf Unterlassung in Anspruch genommen werden⁸⁷.

1. Gebührenrechtliche Vorschriften

Sollte die durch den Rechtsanwalt erfolgende Telefon- bzw. Onlineberatung über die Gebühren des Telefonanbieters⁸⁸ abgerechnet werden, so stellen sich verschiedene gebührenrechtliche Probleme, die auch Gegenstand der instanzgerichtlichen Urteile zu den Anwaltshotlines waren.

a) Gebührenunterschreitung bzw. -überschreitung, bei den Telefonhotlines

Das Hauptargument der Telefonhotlinegegner bildet der Vorwurf, eine pauschale Zeitvergütung unterschreite im Einzelfall die gesetzlichen Gebühren der BRAGO in unangemessener Weise (§ 3 Abs. 5 Satz 4 BRAGO) oder liege unter Umständen sogar über den gesetzlichen Gebühren, ohne dass die hierfür vorgesehenen Formvorschriften beachtet würden (§ 3 Abs. 1 BRAGO)⁸⁹. Überwiegend wird aus diesem Grund die Unzulässigkeit der Anwaltshotlines gefolgert⁹⁰.

⁸⁶ Siehe hierzu oben unter C Frage 3, I 1 b aa.

⁸⁷ Vgl. OLG München NJW 1999, 150 (152); *Baumbach/Hefermehl*, Wettbewerbsrecht, 22. Aufl. 2001, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Einl., Rn. 326.

⁸⁸ Überwiegend bezahlen die Anrufer bei Inanspruchnahme einer Anwaltshotline für eine Gesprächsminute 3,63 DM, wobei der Vergütungsanteil des Rechtsanwalts 2,49 DM netto pro Minute beträgt. Die geschuldete Vergütung wird mit der Telefonrechnung von der Deutschen Telekom AG eingezogen.

⁸⁹ Z.B. OLG München AnwBl. 2000, 452 (452); OLG Frankfurt NJW 1999, 152 (153).

⁹⁰ OLG Frankfurt NJW 1999, 152 (152); AnwGH NW, MDR 1999, 768 (768); LG Mönchengladbach MDR 1999, 1030 (1030); *Berger*, NJW 1999, 1353 (1356); *Büring/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (535); *Grunewald*, ZIP 2000, 2005 (2008 f.); *König*, AnwBl. 1999, 25 f.; *Schmittmann*, K&R 1999, 309 f.; a.A. LG Berlin AnwBl. 1999, 115; *Henssler*, OLG Frankfurt EWIR § 3 BRAO 1/99, 161 (161 f.).

aa) Gebührenunterschreitung

Nach der Regelung des § 3 Abs. 5 BRAGO kann der Rechtsanwalt bei außergerichtlichen Angelegenheiten Zeitvergütungen verlangen, die niedriger als die gesetzlichen Gebühren sind. Nach § 3 Abs. 5 S. 4 BRAGO muss die Vergütung jedoch in einem angemessenen Verhältnis zu Leistung, Verantwortung und Haftungsrisiko des Anwalts stehen. Hierauf Bezug nehmend wird von den Befürwortern eines Verstoßes gegen gebührenrechtliche Vorschriften argumentiert, dass die Angemessenheit der Zeitvergütung bei der telefonischen Rechtsberatung missachtet werde, da der automatische Minutentakt keine Berücksichtigung individueller Umstände zulasse⁹¹. Dagegen weist die Gegenauffassung zu Recht darauf hin, dass auch bei einer Präsenzberatung, bei der die Vereinbarung einer Stundenpauschale zulässig ist, üblicherweise der Stundensatz festgelegt wird, bevor der Rechtsanwalt umfassend über den Fall orientiert ist⁹². Erst wenn über den Preis Einigkeit erzielt wurde, nimmt der Anwalt die Beratung vor. Die Zulässigkeit dieser Vorgehensweise entspricht dem praktischen Bedürfnis sowohl des Anwalts als auch des Mandanten und ist allgemein anerkannt⁹³. Nach einem im Schrifttum angeführten Beispiel entsteht bei dem üblichen Vergütungsanteil des Rechtsanwalts von 2,49 DM pro Minute ein Stundensatz von 158, 80 DM⁹⁴. Ein solcher Preis wird jedenfalls im Regelfall einer Rechtsberatung nicht als unangemessen bewertet werden können⁹⁵. Allein die abstrakte Möglichkeit einer unangemessenen Unterschreitung der gesetzlichen Gebühren im Einzelfall, die im Übrigen auch bei der Präsenzberatung besteht, macht das Hotline-System nicht im Ganzen unzulässig⁹⁶.

⁹¹ OLG Frankfurt NJW 1999, 152 (153); *Büring/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (534).

⁹² *Römermann/Funke*, MDR 2001, 1 (5).

⁹³ *Henssler*, OLG Frankfurt/M. EWIR § 3 BRAO 1/99, 161 (162); *Römermann*, Anwalt 2001, 10 (11); *ders./Funke*, MDR 2001, 1 (5).

⁹⁴ Siehe hierzu im Einzelnen *Römermann/Funke*, MDR 2001, 1 (3).

⁹⁵ So auch *Henssler*, OLG Frankfurt EWIR § 3 BRAO 1/99, 161 (162); *Römermann*, Anwalt 2001, 10 (11); *ders./Funke*, MDR 2001, 1 (5).

⁹⁶ LG Berlin CR 1999, 369 (370); *Henssler*, OLG Frankfurt EWIR § 3 BRAO 1/99, 161 (162); *Römermann/Funke*, MDR 2001, 1 (5).

bb) Gebührenüberschreitung

Gebührenrechtlichen Bedenken sind die Telefonhotlines auch im Hinblick auf die Gefahr einer Überschreitung der gesetzlichen Gebühren ausgesetzt⁹⁷. Insofern wird zu Recht darauf hingewiesen, dass der Rechtsanwalt ohne die nach § 3 Abs. 1 S. 1 BRAGO erforderliche schriftliche Erklärung des Auftraggebers eine höhere gesetzliche Gebühr bei der Telefonhotline nicht verlangen darf. Insbesondere ist dem Vorschlag⁹⁸, der Anrufer könne dem Rechtsanwalt die entsprechende Erklärung faxen, zutreffend erwidert worden, dass dies angesichts der Umstände lebensfremd sei⁹⁹. Unabhängig davon ist auch die Wahrung des Schriftformerfordernisses bei einer Fax-Erklärung zweifelhaft. Geht man demzufolge von einem Mangel der erforderlichen Schriftform aus, so kommt es für die Vereinbarkeit der anwaltlichen Dienstleistung mit § 3 Abs. 1 S. 1 BRAGO darauf an, ob die Zahlung einer überhöhten Gebühr einer Bewertung als «freiwillig und ohne Vorbehalt» im Sinne des § 3 Abs. 1 S. 2 BRAGO standhält oder ob ein bereicherungsrechtlicher Herausgabeanspruch des Anrufers für den über die gesetzliche Gebühr hinausgehenden Teil besteht¹⁰⁰.

Die zu den Anwaltshotlines vertretene Ansicht, dass von einer «Freiwilligkeit» keine Rede sein kann, da sich der Mandant über die Abweichung von der gesetzlichen Gebühr nicht im Klaren sei¹⁰¹, überzeugt nicht. Der Mandant ist über die bei der Telefonberatung anfallenden Gebühreneinheiten von vornherein genauestens informiert. Mit der Nummer des Hotlinebetreibers wird ihm zugleich der Minutenpreis der Telefonberatung mitgeteilt. Entsprechend ist auch bei der Vermittlung der Anwälte durch den Portal- bzw. Call-Centerbetreiber der Mandant hinreichend aufgeklärt, da auch hier die Höhe der Gebühren auf der Website aufgeführt sein wird. Grundsätzlich wird ein Mandant auch wissen, dass die anwaltlichen Gebühren im Normalfall nach Maßgabe des Gesetzes und auf Grundlage des Streitwerts ermit-

⁹⁷ Siehe dazu *Büring/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (534).

⁹⁸ *Schmittmann*, ZAP 1999, 197 (198); ders., K&R 1999, 309 (310).

⁹⁹ *Büring/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (534).

¹⁰⁰ OLG Frankfurt NJW 1999, 152 (153); LG Berlin, CR 1999, 369 (370).

¹⁰¹ *Büring/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (534).

telt werden¹⁰². Aber auch wenn man diese Ansicht nicht teilen sollte, kann die Freiwilligkeit des Mandanten bezüglich einer überhöhten Gebührenzahlung jedenfalls dann nicht bezweifelt werden, wenn auf der Website ausdrücklich vermerkt wird, dass die anfallenden Gebühren in Einzelfällen von den gesetzlichen differieren können. Für diesen Fall ist der Mandant hinreichend informiert und kann sich auf ein mangelndes Einverständnis mit einer überhöhten Gebührenforderung nicht berufen.

Gegen die Unzulässigkeit einer pauschal vergüteten Rechtsberatung spricht auch die Rechtsfolge, welche sich aus einem Verstoß gegen die Formvorschrift des § 3 Abs. 1 S. 1 BRAGO ergibt. Nach richtiger Ansicht handelt es sich bei dem Schriftformgebot des § 3 Abs. 1 BRAGO nicht um eine berufsrechtliche Verpflichtung des Rechtsanwalts¹⁰³. Die Vorschrift dient dazu, den Mandanten vor unerwartet hohen Gebührenforderungen zu warnen. Die Konsequenz eines Verstoßes ist dementsprechend nur, dass der Rechtsanwalt sich mit den gesetzlichen Gebühren begnügen muss und die höheren Gebühren aufgrund formloser Vereinbarung nicht gerichtlich durchsetzen kann¹⁰⁴. Die Gefahr einer Gebührenüberschreitung besteht im Übrigen auch bei einer pauschalen Präsenzberatung, deren allgemeine Zulässigkeit aber nicht allein deshalb in Frage gestellt wird.

In Anbetracht der angeführten Gründe verdient hier die Auffassung, nach der eine Gebührenüberschreitung in einzelnen Fällen nicht per se zur Unzulässigkeit der Teilnahme an einer Anwaltshotline führt, Zustimmung¹⁰⁵.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass eine Telefonberatung der vermittelten Rechtsanwälte nach der hier vertretenen Auffassung nicht wegen der Möglichkeit einer Gebührenunter- oder -überschreitung i.S.v. § 3 BRAGO unzulässig ist.

¹⁰² *Rörmann/Funke*, MDR 2001, 1 (7).

¹⁰³ So auch *Rörmann/Funke*, MDR 2001, 1 (7).

¹⁰⁴ *Rörmann/Funke*, MDR 2001, 1 (7).

¹⁰⁵ In diesem Sinne auch LG Berlin, CR 1999, 369 (370); *Henssler*, OLG Frankfurt EWIR § 3 BRAO 1/99, 161 (162); *Rörmann*, Anwalt 2001, 10 (11); ders./*Funke*, MDR 2001, 1 (7).

b) Gebührenüberschreitung bzw. -unterschreitung bei einer Online-Rechtsberatung

Anders als bei der Telefonberatung erscheint die Zulässigkeit einer Online-Rechtsberatung¹⁰⁶ unter dem Aspekt einer Gebührenunter- bzw. Überschreitung weniger problematisch¹⁰⁷, da die Gebührenabrechnung ohne weiteres nach den herkömmlichen Grundsätzen der BRAGO vorgenommen werden kann. Die Rechtsberatung der vermittelten Rechtsanwälte könnte z.B. dergestalt geregelt werden, dass der potenzielle Mandant dem Rechtsanwalt den Sachverhalt per E-Mail übermittelt, sodann ein Honorarangebot von diesem erhält und sich erst dann für die Inanspruchnahme der Beratung entscheidet. Bei einer solchen Konzeption entfielen die vorgenannten gebührenrechtlichen Bedenken.

c) Anwaltliche Schweigepflicht, § 43a Abs. 2 BRAO

Im Einzug der Beratungsgebühren durch die Deutsche Telekom AG gemeinsam mit den monatlichen Telefongebühren wird z.T. ein Verstoß gegen die anwaltliche Schweigepflicht gemäß § 43a Abs. 2 BRAO gesehen¹⁰⁸. Es wird geltend gemacht, dass der Hotlinebetreiber im Wege der Gebührenabrechnung einen genauen Überblick über die beratenden Personen, zumindest aber über die Anschlussnummern, von denen aus die Anrufe getätigt worden sind, erhalte¹⁰⁹. Dem ist jedoch das entscheidende Argument entgegen gehalten worden, dass der Rechtsanwalt der Telekom keine Daten mitteilt, die diese nicht ohnehin kennen würde. Denn für die Gebührenabrechnung kommt es allein auf die Telefonanschlussnummer, den Zeitpunkt sowie die Dauer des Gesprächs an¹¹⁰. Mangels relevanter Mitteilung durch den Rechtsanwalt liegt ein Verstoß gegen die anwaltliche Schweigepflicht daher nicht vor.

¹⁰⁶ Hierunter versteht man, entgegen dem irreführenden Begriff «online», eine Rechtsberatung per E-Mail.

¹⁰⁷ Siehe hierzu auch Horst, MDR 2000, 1293 ff.

¹⁰⁸ Berger, NJW 1999, 1353 (1355); Schmittmann, K&R 1999, 309 (310).

¹⁰⁹ Schmittmann, K&R 1999, 309 (310).

¹¹⁰ So auch Römermann, Anwalt 2001, 10 (12); ders./Funke, MDR 2001, 1 (7).

d) Verbot der Übertragung einer Gebührenforderung, § 49b Abs. 4 S. 2 BRAO

Zudem wird vereinzelt geltend gemacht, die Einziehung der Gebührenforderung verstoße gegen § 49b Abs. 4 S. 2 BRAO¹¹¹, wonach die Übertragung der Einziehung einer Gebührenforderung an einen nicht als Rechtsanwalt zugelassenen Dritten unzulässig ist. Dieser Überlegung ist zwar insoweit beizupflichten, als die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Verbot bei einer Forderungseinziehung durch eine Telefongesellschaft nicht vorliegen. Dem Wortlaut nach wäre daher ein Verstoß gegen das Inkassoverbot gegeben¹¹². Indes darf der Schutzzweck des § 49b Abs. 4 S. 2 BRAO nicht außer Acht gelassen werden, der in der Sicherung der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht zu sehen ist¹¹³. Bei der vorliegenden Gebührenabrechnung besteht entgegen einem «normalen Inkasso», der für die Durchsetzung der Forderung die Mitteilung weiterer Informationen an den Zessionar erfordert, die Gefahr eines Verstoßes gegen die Geheimhaltungspflicht aber gerade nicht¹¹⁴. Daher verdient die Ansicht, die in diesen Fällen eine teleologische Reduktion des § 49b Abs. 4 S. 2 BRAO vornimmt¹¹⁵, den Vorzug. Ein Verstoß gegen das Verbot der Forderungsübertragung scheidet folglich aus.

e) Pflicht zur Übermittlung einer ordnungsgemäßen Berechnung, § 18 Abs. 1 BRAGO

Für den Fall, dass die Inanspruchnahme der anwaltlichen Beratung durch ein Telefongespräch erfolgt, ist weiterhin an einen Verstoß gegen § 18 Abs. 1 BRAGO zu denken¹¹⁶. Dieser Vorschrift zufolge kann der Anwalt die entstandene und fällige Gebühr nur dann ein-

¹¹¹ Berger, NJW 1999, 1353 (1355); Schmittmann, K&R 1999, 309 (310).

¹¹² Buring/Edenfeld, MDR 1999, 532 (533 f.); Römermann, Anwalt 2001, 10 (12); ders./Funke, MDR 2001, 1 (7).

¹¹³ Siehe im Einzelnen die Darstellung bei Römermann/Funke, MDR 2001, 1 (8).

¹¹⁴ Siehe oben unter C, Frage 3, II 1 c.

¹¹⁵ Buring/Edenfeld, MDR 1999, 532 (533 f.); Römermann, Anwalt 2001, 10 (12); ders./Funke, MDR 2001, 1 (8).

¹¹⁶ Einen Verstoß bejahen LG Mönchengladbach, CR 1999, 766 (767); Schmittmann, ZAP 1999, 197 (197).

fordern, wenn er dem Mandanten eine ordnungsgemäße Berechnung übermittelt hat, die unter anderem eine anwaltliche Unterzeichnung voraussetzt. Bei einer Telefonberatung, deren Abrechnung über die Telefongebühren erfolgt, wird eine vom Rechtsanwalt unterzeichnete Gebührenrechnung nicht erteilt und insofern gegen § 18 Abs. 1 BRAGO verstoßen. Wie zu Recht vorgebracht wird, ist aber die Rechtsfolge dieses Formverstößes nur darin zu sehen, dass im Konfliktfall die Gebühr bis zur Erstellung der Rechnung nicht durchgesetzt werden kann. Es handelt sich damit um eine bloße Obliegenheit und nicht um eine berufsrechtliche Pflicht¹¹⁷. Da anerkannt ist, dass auf die Berechnung konkludent verzichtet werden kann, könnte man in dem Verhalten des Anrufers im Übrigen auch einen stillschweigenden Verzicht sehen¹¹⁸. Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass eine Online-/Telefonberatung keine Unterlassungspflicht nach § 1 UWG i.V.m. § 18 Abs. 1 BRAGO zur Folge hat.

Nach der hier vertretenen Ansicht ist die Teilnahme an einer Telefonhotline/Online-Beratung nicht wegen Verstoßes gegen gebührenrechtliche Vorschriften unzulässig.

2. Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen, § 43a BRAO

Die Teilnahme eines Rechtsanwalts an einer Telefonhotline wird weiterhin unter dem Gesichtspunkt eines Verstoßes gegen das Verbot, widerstreitende Interessen zu vertreten (§ 43a BRAO), als unzulässig bewertet¹¹⁹. Auch von den Gegnern dieser Ansicht wird eingeräumt, dass die Gefahr einer Interessenkollision bei anonymer und zumeist einmaliger Telefonrechtsberatung größer ist als im Fall einer persönlichen Beratung¹²⁰. Zu Recht wird aber hervorgehoben, dass die bloße Möglichkeit einer Zuwiderhandlung gegen § 43a BRAO die Teilnahme eines Rechtsanwalts an einer Hotline nicht rechtswidrig

¹¹⁷ Römermann, Anwalt 2001, 10 (11).

¹¹⁸ So LG Berlin, CR 1999, 369 (370); *Büding/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (533).

¹¹⁹ LG Mönchengladbach CR 1999, 766 (767); *Schmittmann*, ZAP 1999, 197; ders. K&R 1999, 309 (310).

¹²⁰ *Büding/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (533); *Schmittmann*, CR 1999, 768 (768).

macht¹²¹. Der Anwalt hat gegebenenfalls nach § 356 StGB die Konsequenzen zu tragen, wenn es tatsächlich zu einer Vertretung widerstreitender Interessen kommt¹²². Da allein die potenzielle Gefahr zu einer Untersagung der Tätigkeit nicht ausreicht, ist die Teilnahme eines Rechtsanwalts an einer Vermittlung von Mandanten durch ein Call-Center nicht wegen § 43a BRAO unzulässig.

3. Unzulässige Werbung, § 43b BRAO bzw. § 3 UWG

Im Rahmen der Diskussion um die Zulässigkeit der Anwaltssuchdienste und Telefonhotlines wurde deren Unzulässigkeit teilweise darauf gestützt, dass mit diesen eine unzulässige Werbung i.S.v. § 43b BRAO bzw. § 3 UWG verbunden sei. Diskutiert wurden die vermeintlichen berufsrechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Verstöße unter dem Aspekt einer gezielten Werbung im Sinne eines unaufgeforderten Herantretens an potenzielle Mandanten und in Form eines sensationellen oder reklamehaften Sich-Herausstellens¹²³. Unter beiden Gesichtspunkten ist die Teilnahme der Rechtsanwälte an der Vermittlung im vorliegenden Fall jedoch unbedenklich. An einem unaufgeforderten Herantreten mangelt es hier – wie laut BVerfG auch bei einem Anwaltssuchdienst¹²⁴ – insofern, als die Initiative zur Kontaktaufnahme von dem Rechtssuchenden selbst ausgeht¹²⁵. Ein sensationelles oder reklamehaftes Sich-Herausstellen kommt ebenso wenig in Betracht, wenn lediglich auf die Möglichkeit hingewiesen wird, dass der Rechtssuchende eine Online- oder Telefonberatung in Anspruch nehmen kann. Allerdings sollte dabei die Bezeichnung der beteiligten Rechtsanwälte als Online-Anwälte vermieden werden, da in der instanzgerichtlichen Rechtsprechung in der von einem Onlineprovider vorgenommenen Empfehlung einer einzelnen Kanzlei als «Online-Anwalt»

¹²¹ OLG München NJW 1999, 150 (152); OLG München AnwBl. 2000, 452 (453); LG Berlin, CR 1999, 369 (370); *Römermann*, Anwalt 2001, 10 (11).

¹²² *Büding/Edenfeld*, MDR 1999, 532 (533).

¹²³ Vgl. BVerfG NJW 1992, 1613 (1613).

¹²⁴ BVerfG NJW 1992, 1613 (1613).

¹²⁵ So auch *Bradenz*, MDR 2001, 247 (251).

eine unzulässige irreführende Angabe i.S.v. § 3 UWG gesehen wurde¹²⁶.

4. Verbot der Zahlung einer Vermittlungsgebühr, § 49b Abs. 3 BRAO

Der durch das Call-Center vermittelte Rechtsanwalt soll nach der geplanten Konzeption eine monatliche Pauschalgebühr für die Vermittlungstätigkeit entrichten, weshalb ein Verstoß gegen das Verbot der Vermittlungsgebühr aus § 49b Abs. 3 BRAO zu erwägen ist¹²⁷. Zutreffend wird jedoch hiergegen eingewendet, dass dieses Verbot nur für die Vermittlung konkreter Mandate gilt und daher ein genereller Anschluss an ein Telefonberatungssystem oder einen Anwaltsuchdienst nicht von § 49b Abs. 3 BRAO erfasst wird¹²⁸. Der Rechtsanwalt zahlt keine Gebühr für die Vermittlung eines Mandats, sondern ausschließlich ein Entgelt für das Einrichten und Bereithalten der technischen Einrichtung¹²⁹. Die Richtigkeit dieser Überlegung wird für den Fall deutlich, dass ein Rechtsanwalt in einem Monat überhaupt nicht vermittelt wird, seine Verpflichtung zur Entrichtung des Beitrags aber hiervon unberührt bleibt. Dieser Ansicht folgend verstößt ein Rechtsanwalt durch die Zahlung einer pauschalen monatlichen Gebühr für die Weitergabe seiner Nummer an einen potenziellen Mandanten durch ein Call-Center ebenfalls nicht gegen das Verbot der Vermittlungsgebühr.

5. Pflicht zur Führung von Handakten, § 50 Abs. 1 BRAO

§ 50 Abs. 1 BRAO verpflichtet den Rechtsanwalt zur Führung von Handakten. Diese Berufspflicht dient neben dem Interesse des Mandanten dem des Rechtsanwalts, der in Haftungsfällen mit Hilfe der

¹²⁶ LG München CR 1996, 736 (736). Das hierfür angeführte Argument, eine Vielzahl von Anwälten würde Beratung per E-Mail oder online anbieten, kann jedoch nicht überzeugen. Mit der Bezeichnung als Online-Anwalt wird schließlich nicht gesagt, dass es nicht auch andere Anwälte gibt, die eine Online-Rechtsberatung anbieten.

¹²⁷ Einen Verstoß bejahen König, AnwBl. 1999, 25 f.; Schmittmann, K&R 1999, 309 f.

¹²⁸ LG Berlin CR 1999, 369 (371); Römermann, Anwalt 2001, 10 (11).

¹²⁹ LG Berlin CR 1999, 369 (371); Büring/Edenfeld, MDR 1999, 532 (533).

Akten seine Tätigkeit dokumentieren kann. Bei der Telefonberatung, so wird zum Teil argumentiert, könne der Rechtsanwalt dieser Pflicht nicht nachkommen, wenn der Anrufer seinen Namen nicht mitteile. Die Teilnahme an einer Anwalshotline sei daher unzulässig¹³⁰. Vor dem Hintergrund, dass eine anonyme Rechtsberatung nicht per se unzulässig ist¹³¹, wurde diesem Vorwurf zu Recht erwidert, dass der Pflicht des § 50 Abs. 1 BRAO bei einer anonymen Rechtsberatung hinreichend nachgekommen wird, wenn der Rechtsanwalt den Verlauf der Beratung dokumentiert und ihren Zeitpunkt festhält. Die einzelnen telefonischen Beratungen kann er dann in ihrer zeitlichen Reihenfolge abheften. Ein Verstoß gegen § 50 Abs. 1 BRAO muss dementsprechend nicht zwingend erfolgen. Allein aus der Gefahr eines Verstoßes gegen berufsrechtliche Vorschriften kann hingegen, wie im Rahmen der Prüfung einer möglichen Verletzung des § 43a BRAO deutlich gemacht wurde, die Unzulässigkeit einer Tätigkeit nicht gefolgert werden. So führt auch hier die bloße Möglichkeit eines Verstoßes der teilnehmenden Anwälte gegen ihre Pflicht aus § 50 Abs. 1 BRAO nicht zur Unzulässigkeit der Teilnahme an einer solchen Hotline¹³².

III. Ergebnis

Nach der hier vertretenen Auffassung verstößt weder der Portalbetreiber gegen Art. 1 § 1 RBERG oder §§ 1 bzw. 3 UWG noch die beteiligten Anwälte gegen berufsrechtliche Vorschriften der BRAO und BRAGO oder gegen § 3 UWG.

Frage 4: Führt die Zur-Verfügungstellung von Mustern zu einem Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG?

Entsprechend den Ausführungen zu Frage 1 ist die Zurverfügungstellung von Mustern im Hinblick auf Art. 1 § 1 RBERG bedenkenlos,

¹³⁰ Schmittmann, K&R 1999, 309 (310).

¹³¹ Siehe dazu LG Berlin CR 1999, 369 (370).

¹³² So auch LG Berlin CR 1999, 369 (370); Römermann, Anwalt 2001, 10 (11).

wenn dadurch keine auf den Einzelfall bezogene, rechtsbesorgende Tätigkeit vorgenommen wird. Während z.B. die Anfertigung eines bestimmten Vertragsentwurfs sowie der Entwurf eines bestimmten Mahn- oder Aufforderungsschreibens eine rechtliche Aufklärung über einen bestimmten Einzelfall und daher eine unzulässige Rechtsberatung darstellen¹³³, liegt bei der Zurverfügungstellung von Musterschreiben an einen *unbestimmten* Personenkreis keine Tätigkeit vor, durch die konkrete fremde Rechte gestaltet werden. Das Bereithalten der Informationen durch den Portalbetreiber erfolgt nicht im Hinblick auf ein konkretes Rechtsproblem; erst infolge der Inanspruchnahme des Angebots durch den Programmanwender wird der Bezug zu der individuellen Rechtsangelegenheit hergestellt. Typischerweise enthalten juristische Ratgeberbücher, deren Vereinbarkeit mit Art. 1 § 1 RBERG unbestritten ist¹³⁴, ebenfalls solche Musterschreiben. Ein Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG liegt daher auch bei der Zurverfügungstellung von Musterexemplaren im Internet nicht vor.

Frage 5: Welche Möglichkeiten hat ein Anwaltsverein bzw. eine Rechtsanwaltskammer, um im Falle eines Verstoßes gegen Vorschriften des RBERG, der BRAO, der BRAGO oder des UWG gegen das geplante Internetangebot vorzugehen?

Hilfsweise ist der Frage nachzugehen, welche Möglichkeiten einem Anwaltsverein bzw. einer Rechtsanwaltskammer im Falle eines Verstoßes gegen Vorschriften des RBERG, der BRAO/BRAGO und/oder des UWG zur Seite stehen, den Einsatz des Rechtsinformationsprogramms im Internet zu verhindern. Die Kompetenz, eine vermeintlich rechtsbesorgende Tätigkeit von Nicht-Anwälten zu verbieten, steht ihnen jedenfalls nicht zu. Denn umgekehrt sind sie auch nicht berechtigt, die nach Art. 1 § 1 RBERG erforderliche Erlaubnis zu er-

¹³³ *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991 Art. 1 § 1 Rn. 24; *Weth*, in: *Henssler/Prütting*, Bundesrechtsanwaltsordnung 1997, Art. 1 § 1 RBERG Rn. 15 m.w.N.

¹³⁴ Vgl. oben unter C, Frage 1, II 2 a aa 2.

teilen. Zuständig hierfür ist nach § 11 Abs. 1 RBERV der Präsident des zuständigen Land- bzw. Amtsgerichts. Ein Tätigkeitsverbot des Portalbetreibers könnten ein Anwaltsverein oder eine Rechtsanwaltskammer aber auf dem Klagewege durch einen Unterlassungsanspruch erwirken. Mangels spezialgesetzlicher Regelung einer Unterlassungsklage im RBERG kommen als Klagegrundlagen § 1 UWG i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG, § 3 UWG sowie § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG in Betracht¹³⁵.

I. § 1 UWG als Klagegrundlage

Ein Anspruch aus § 1 UWG setzt tatbestandlich voraus, dass im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs Handlungen vorgenommen werden, die gegen die guten Sitten verstoßen. Die gewerbsmäßige Bearbeitung von Rechtssachen stellt eine im geschäftlichen Verkehr vorgenommene Handlung dar¹³⁶. Sie ist zudem zum Zwecke des Wettbewerbs ausgeführt, weil der Ausübende durch seine Tätigkeit zu anderen Rechtsanwältinnen und anderen zur Rechtsberatung zugelassenen Personen in Wettbewerb getreten ist¹³⁷. Der weiterhin erforderliche Verstoß gegen die guten Sitten ist grundsätzlich, ohne dass weitere Umstände für die Unlauterbarkeit hinzutreten müssen¹³⁸, bei einem Verstoß gegen wertbezogene Vorschriften gegeben¹³⁹. Bei dem Erlaubniszwang des Art. 1 § 1 RBERG handelt es sich um eine solche wertbezogene Vorschrift, weil sein Sinn und Zweck der

¹³⁵ *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 148 ff.

¹³⁶ *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 149.

¹³⁷ *Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz*, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 149; *Rennen/Caliebe*, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 205.

¹³⁸ RZG 48, 114 (124); RZG 80, 219 (221); BGHZ 17, 327 (332).

¹³⁹ BGH NJW 1956, 749 (750) – LA-Sachen; BGH GRUR 1961, 418 – Rechtsschutzversicherung; BGH GRUR 1978, 445 – «4 zum Preis von 3»; *Baumbach/Hefermehl*, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, 22. Aufl. 2001, § 1 Rn. 613.

Schutz des Vertrauens der Allgemeinheit in die Zuverlässigkeit der Rechtspflege ist¹⁴⁰. Die für einen Unterlassungsanspruch außerdem erforderliche Erstbegehungs- bzw. Wiederholungsgefahr ist bei einer geschäftsmäßig betriebenen Rechtsberatung gegeben.

Geht man entgegen den obigen Ausführungen im Rahmen der Frage 3 von einem Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG oder gegen berufrechtliche Vorschriften aus, so ist auch diesbezüglich ein Unterlassungsanspruch auf § 1 UWG i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG bzw. den Vorschriften der BRAO/BRAGO in der Fallgruppe Vorsprung durch Rechtsbruch zu stützen.

II. § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG als Klagegrundlage

Unter dem Gesichtspunkt der in entsprechender Anwendung der §§ 12, 862, 1004 BGB zugelassenen Unterlassungsklage¹⁴¹ resultiert im Falle einer Verletzung des Art. 1 § 1 RBERG ein Anspruch auch aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG, da Art. 1 § 1 RBERG nach einhelliger Rechtsprechung als Schutzgesetz für die Anwaltschaft im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB anerkannt ist¹⁴².

III. Klageberechtigung

Weiterhin ist erforderlich, dass die Anwaltsvereine und Rechtsanwaltskammern sowohl für den Klagegrund aus § 1 UWG bzw. § 3 UWG wie auch für den aus § 823 Abs. 2 BGB zur Erhebung einer Unterlassungsklage berechtigt sind.

¹⁴⁰ BGHZ 48, 12 (16 f.) – Preisbindungsüberwachungs-Treuhand; BGH GRUR 1975, 23 (25 f.) – Ersatzwagenvermietung; OLG Düsseldorf AfP 1992, 153 (154); Köhler/Piper, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, 2. Aufl. 2001, § 1 Rn. 635.

¹⁴¹ Vgl. z.B. LG Köln GRUR 1953, 258 (260).
¹⁴² BGH AnwBl. 1956, 90 (90); BGH NJW 1956, 591 (591); OLG Hamburg AnwBl. 1951, 100 (100).

1. Klageberechtigung gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 UWG

Für den Anspruch aus § 1 UWG sieht § 13 Abs. 2 UWG eine Aufzählung der Klageberechtigten vor. Der Anwaltsverein bzw. die Rechtsanwaltskammer müssten daher «rechtsfähige Verbände zur Förderung gewerblicher Interessen» im Sinne des § 13 Abs. 2 Nr. 2 UWG darstellen und den weiteren Voraussetzungen dieser Vorschrift genügen.

a) Anwaltsvereine als Verbände zur Förderung gewerblicher Interessen

An der Klagebefugnis der Anwaltsvereine bestehen im Hinblick auf das Erfordernis, dass es sich um einen «Verband zur Förderung gewerblicher Interessen» handelt, keine Zweifel¹⁴³. Auch ist davon auszugehen, dass ein Anwaltsverein über ausreichend personelle, sachliche und finanzielle Mittel verfügt, seine satzungsmäßige Aufgabe der Verfolgung gewerblicher Interessen wahrzunehmen, was nach der Novelle des § 13 Abs. 2 Nr. 2 UWG v. 25.7.1994¹⁴⁴ weiterhin erforderlich ist.

b) Anwaltskammern als Verbände zur Förderung gewerblicher Interessen

Die Frage nach der Klagebefugnis der Rechtsanwaltskammern wird hingegen uneinheitlich beantwortet. So wird zum einen im Schrifttum¹⁴⁵ sowie in der instanzgerichtlichen Rechtsprechung¹⁴⁶ geltend gemacht, dass den Rechtsanwaltskammern und der Bundesrechtsanwaltskammer wegen ihrer Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts (§§ 62 Abs. 1, 176 Abs. 1 BRAO) lediglich die Verwal-

¹⁴³ RGZ 99, 189 (191 ff.); BGH AnwBl. 1982, 108 (108); LG Köln GRUR 1953, 258 (260); Büttner, in: FS für Viererger, 99 (123); Henssler, in: Henssler/Prütting, Bundesrechtsanwaltsordnung 1997, § 43b RBERG, Rn. 58; Rennen/Caliebe, Rechtsberatungsgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 1 § 1 Rn. 208.

¹⁴⁴ BGBI. I, 1738.

¹⁴⁵ Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 158; Pietzcker, NJW 1982, 1840 (1840); Redeker, NJW 1980, 187 (188); ders., NJW 1982, 1266 (1267); Sack, BB 1986, 2205 (2216 f.).

¹⁴⁶ OLG Celle AnwBl. 1967, 121 (121).

tung, insbesondere die Beaufsichtigung der Anwaltschaft übertragen sei, nicht aber die Förderung gewerblicher Interessen obliege. Nach § 73 Abs. 1 Satz 1 BRAO habe sie nur die ihr durch Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Es ergebe sich für den Kammervorstand jedoch weder aus dem gesetzlichen Aufgabenkatalog des § 73 Abs. 2 BRAO noch aus sonstigen gesetzlichen Vorschriften¹⁴⁷ die Aufgabe, gewerbliche Interessen ihrer Mitglieder zu fördern¹⁴⁸.

Die vorgebrachten Einwände haben sich indes in der höchstrichterlichen Rechtsprechung bislang nicht durchgesetzt. Vielmehr hat der BGH festgestellt, dass die Rechtsanwaltskammern ungeachtet ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgabenstellung als Verbände zur Förderung gewerblicher Interessen im Sinne des § 13 Abs. 2 Nr. 2 UWG zu qualifizieren seien¹⁴⁹. Dieser Auffassung hat sich ein Großteil des Schrifttums angeschlossen¹⁵⁰. Es sei zwar zutreffend, dass die Rechtsanwaltskammern nach § 73 Abs. 1 Satz 1 BRAO die ihr durch Gesetz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen haben. Jedoch erschöpften sich darin die wahrzunehmenden Kammeraufgaben nicht. Nach § 73 Abs. 1 Satz 2 BRAO habe der Vorstand darüber hinaus die Belange der Kammer zu wahren und zu fördern. Der Funktions- und Aufgabenbereich der Kammer reiche über die ihr durch Gesetz oder Satzung ausdrücklich zugewiesenen Aufgaben hinaus und umfasse auch diejenigen Belange der Anwaltschaft, die den Berufsstand im Ganzen berühren¹⁵¹. Dies sei der Fall bei Wettbewerbsverstößen seiner Mitglieder oder von Wettbewerbern seiner Mitglieder¹⁵². Zwar wird gegen diese Ansicht

¹⁴⁷ Etwa § 3 Abs. 3 Satz 2; § 12 Abs. 2 Satz 1; § 21 Satz 2 BRAGO; § 6 Abs. 1 Satz 2 Rn. 1–5 DGRichtlEG.

¹⁴⁸ Chemnitz, AnwBl. 1986, 483 (489).

¹⁴⁹ BGHZ 109, 153 (153, 156 f.) – Anwaltswahl durch Mietverein; BGH GRUR 1957, 425 (426) – Ratgeber; BGHZ 79, 390 (392) – Apotheken-Steuerberatungsgesellschaft.

¹⁵⁰ Baumbach/Hefermehl, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, 22. Aufl. 2001, § 13 Rn. 31; v. Gamm, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, 3. Aufl. 1993, § 13 Rn. 13; Teplitzky, Wettbewerbsrechtliche Ansprüche, 7. Aufl. 1997, Kap. 13 Rn. 20; differenzierend Büttner, in: FS für Vierregge, 99 (118 f.), der die Klagebefugnis bei Ansprüche gegen außenstehende Dritte, d.h. Nicht-Mitglieder der Kammern, für gegeben hält, da hier der «Disziplinarschutz des Berufsrechts» versage.

¹⁵¹ BGH ZIP 1998, 1044 (1045) – Zweigstellenverbot; BGHZ 109, 153 (157) – Auswahl des Anwalts durch Mietverein; BGH GRUR 1979, 788 (789) – Anwaltsverein.

¹⁵² BGH ZIP 1998, 1044 (1045) – Zweigstellenverbot; BGH GRUR 1997, 914 (915) – Die Besten II.

angeführt, dass der Gesetzgeber im Zuge der Novellierung des § 13 Abs. 2 Nr. 2 UWG im Jahre 1994 den Kammern freier Berufe – wie für die Handwerkskammern nach § 13 Abs. 2 Nr. 4 UWG – ausdrücklich die Klagebefugnis hätte einräumen können¹⁵³. Entsprechend sei daher der Umkehrschluss zu ziehen, der Gesetzgeber hätte durch das Unterlassen einer ausdrücklichen Regelung verdeutlichen wollen, dass den Kammern freier Berufe eine Klageberechtigung gerade nicht zukommen sollte¹⁵⁴. Doch auch diese Bedenken gegen die Anerkennung der Klageberechtigung der Anwaltskammern hat der BGH verworfen, indem er auch in seinen Entscheidungen nach der Reform seine frühere Rechtsprechung unter Hinweis auf die «st. Rspr.» bekräftigt hat^{155, 156}. Die bisherige höchstrichterliche Rechtsprechung zugrunde gelegt, wären dementsprechend die Rechtsanwaltskammern für einen möglichen Anspruch aus § 1 UWG klagebefugt.

c) Marktbeeinflussung

Die Begründetheit einer Klage aus § 1 UWG setzt nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 UWG weiter voraus, dass die Tätigkeit des Portalbetreibers – unterstellt man entgegen hier vertretener Auffassung, sie verstößt gegen Art. 1 § 1 RBERG – geeignet ist, den Wettbewerb auf dem Markt der Mitglieder der Anwaltsvereine bzw. der Mitglieder der Rechtsanwaltskammern wesentlich zu beeinträchtigen¹⁵⁷. Ob eine wesentliche Beeinträchtigung

¹⁵³ Lamsdorff, WRP 1998, 1151 (1153).

¹⁵⁴ A.A. Teplitzky, Wettbewerbsrechtliche Ansprüche, 7. Aufl. 1997, Kap. 13 Rn. 20.

¹⁵⁵ BGH GRUR 1997, 914 (915) – Die Besten II; BGH GRUR 1994, 825 – Strafverteidiger; BGH NJW-RR 1994, 1480 (1481) – Kanzleieröffnungsanzeige; BGH ZIP 1998, 1044 (1045) – Zweigstellenverbot; so auch die Instanzgerichte, z.B. KG AnwBl. 2000, 315 (315).

¹⁵⁶ Pastor/Ahrens, Der Wettbewerbsprozess, 4. Aufl. 1999, Kap. 24 Rn. 10, erörtern, weshalb die UWG-Novellen von 1986 und 1994 hinsichtlich der Frage der Klagebefugnis der öffentlich-rechtlichen Kammern freier Berufe keine Änderungen hervorgebracht haben.

¹⁵⁷ Bei dem Merkmal der wesentlichen Beeinträchtigung handelt es sich entgegen einem ersten Eindruck nicht um eine Frage der Klagebefugnis, sondern um eine materiell-rechtliche Voraussetzung. Vgl. BGH GRUR 1995, 122 (123) – Laienwerbung für Augenoptiker; BGH WRP 1995, 591 (593) – Gewinnspiel II; Köhler/Piper, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, 2. Aufl. 2001, § 13 Rn. 15; Baumbach/Hefermehl, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, 22. Aufl. 2001, § 13 Rn. 18 c.

einträchtigung vorliegt, ist eine Frage des Einzelfalls, doch wird man hier davon ausgehen können, dass bei Annahme eines Verstoßes gegen Art. 1 § 1 RBERG die Auswirkungen auf den Wettbewerb so erheblich sind, dass sie die Interessen der Allgemeinheit betreffen.

2. Klageberechtigung hinsichtlich eines Anspruchs aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG

Für einen Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB ist in der höchstrichterlichen Rechtsprechung ebenfalls entgegen vereinzelter Stimmen im Schrifttum¹⁵⁸ sowie in der instanzgerichtlichen Rechtsprechung¹⁵⁹ anerkannt, dass Rechtsanwaltskammern die Wahrung und Förderung der beruflichen sowie wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder bezwecken und von daher ein eigenes rechtsschutzwürdiges Interesse an der Geltendmachung der Rechte der Mitglieder haben, sodass sie auch insofern klagebefugt sind¹⁶⁰. An der Klagebefugnis der Anwaltsvereine besteht wie im Hinblick auf einen Anspruch aus § 1 UWG auch hier kein Zweifel.

IV. Ergebnis

Abschließend bleibt damit festzuhalten, dass die Anwaltsvereine und nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung auch die Rechtsanwaltskammern sowohl hinsichtlich eines Unterlassungsantrags nach § 1 UWG als auch für einen Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB klageberechtigt sind. Falls die Tätigkeit der janolaw als Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG zu werten wäre, könnte ein Anwaltsverein oder eine Rechtsanwaltskammer daher eine Unterlassungsklage gegen diese, gestützt auf § 1 UWG i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG bzw. § 823 Abs. 2 i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG, anstrengen.

¹⁵⁸ Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, Rechtsberatungsgesetz, 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 1 Rn. 161; Chemnitz, AnwBl. 1986, 483 (489).

¹⁵⁹ OLG Koblenz AnwBl. 1985, 51 (51).

¹⁶⁰ BGH NJW 1956, 591 (591).

D. Zusammenfassung

Frage 1: Die Entwicklung und der Betrieb des Rechtsinformationsprogramms der janolaw AG auf einem Internetportal verstößt nach der hier vertretenen Auffassung nicht gegen Art. 1 § 1 RBERG, da keine rechtsbesorgende Tätigkeit vorgenommen wird. Maßgeblich ist, dass die angebotenen rechtlichen Informationen nicht im Hinblick auf einen konkreten Einzelfall erfolgen, sondern der Bezug zum konkreten Sachverhalt erst durch den anonym bleibenden Nutzer selbst hergestellt wird.

Frage 2: Die Bereithaltung des Rechtsinformationsprogramms durch ein ausländisches Unternehmen auf einem ausländischen Server begegnet – auch wenn die entsprechende Tätigkeit im Inland nicht mit Art. 1 § 1 RBERG zu vereinbaren wäre – im Hinblick auf Art. 1 § 1 RBERG keinen Bedenken, sofern neben dem deutschen Rechtsberatungsmarkt ein weiterer Markt angesprochen wird. Eine Unvereinbarkeit der Tätigkeit mit den Vorgaben der E-Commerce-Richtlinie ist nicht zu erkennen.

Frage 3: Die Ermöglichung der Kontaktaufnahme mit einem Rechtsanwalt durch Einschaltung eines Call-Centers verstößt nach der hier vertretenen Auffassung ebenfalls nicht gegen das RBERG oder gegen §§ 1 bzw. 3 UWG. Der eingeschaltete Rechtsanwalt wird weder als Erfüllungsgehilfe des Portalbetreibers tätig noch findet durch Letzteren eine Irreführung über den Partner des Mandatsvertrags statt. Auch die beteiligten Rechtsanwälte verstoßen nicht systembedingt gegen §§ 43a Abs. 2, 4, 43b, 49b Abs. 3 S. 1, Abs. 4 S. 2, 50 Abs. 1 BRAO, §§ 3, 18 Abs. 1 BRAGO, § 1 UWG. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass diese Fragen bislang höchstrichterlich nicht abschließend entschieden sind und die Vertragsgestaltung im Einzelfall maßgeblich ist.

Frage 4: Die Zurverfügungstellung von Musterschreiben steht in Einklang mit Art. 1 § 1 RBERG und § 1 UWG.

Frage 5: Sollte das Rechtsinformationsprogramm entgegen den Ausführungen zu den Fragen 1–4 als Verstoß gegen die aufgeführten Vor-

schriften zu werten sein, so könnten die Anwaltsvereine und Rechtsanwaltskammern die Untersagung der Bereithaltung des Programms auf einem Internetportal mit einer Unterlassungsklage erreichen. Nach der bisherigen Rechtsprechung sind sie für die Erhebung einer solchen Klage klagebefugt.